



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

10. Jahrgang
Nr. 103 Feb./2 2024

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Insider packt aus Neue Informationen über Bidens korrupte Geschäfte in der Ukraine

von Anti-Spiegel — Thomas Röper, 11. Januar 2024 17:26 Uhr

Andrej Derkatsch, der 2020 die mitgeschnittene Telefonate des ukrainischen Präsidenten Poroschenko mit US-Vizepräsident Biden aus dem Jahr 2016 veröffentlichte, belegt die korrupten Geschäfte in der Ukraine. Er hat nach langer Zeit wieder ein langes Interview gegeben und neue Einzelheiten mitgeteilt.



Andrej Derkatsch

Ich berichte seit 2019 über die korrupten Geschäfte des Biden-Clans in der Ukraine und habe darüber auch das Buch «Das Ukraine-Kartell» geschrieben. Wer das Buch gelesen hat, der weiss, wer Andrej Derkatsch ist, denn er war es, der 2020 die Telefonate zwischen dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko und US-Vizepräsident Biden aus dem Jahr 2016 veröffentlicht hat. Derkatsch hat damals auch weitere Dokumente und Kontoauszüge veröffentlicht, die die Vorwürfe belegt haben.

Mit seinen Enthüllungen hat Derkatsch Joe Biden so sehr verärgert, dass eine der ersten Amtshandlungen der Biden-Regierung darin bestand, Sanktionen gegen ihn zu verhängen. Damit hatte man es so eilig, dass diese Sanktionen gegen Derkatsch und andere, die mit den Enthüllungen zu tun hatten, schon während der Amtsübergabe Mitte Januar 2021, also schon vor Bidens offiziellem Amtsantritt, verhängt wurden.

Derkatsch hat nun ein langes Interview gegeben, das ich komplett übersetzt habe. In dem Artikel, in dem es veröffentlicht wurde, werden auch viele Fotos gezeigt, die seine Aussagen bestätigen. Es lohnt sich also, auch das englische Original anzuschauen. Hier beschränke ich mich auf die Übersetzung des kompletten Interviews, das als Video auch auf X (ehemals Twitter) veröffentlicht wurde. Ich werde in einem gesonderten Artikel einige Kommentare und Einschätzungen zu dem abgeben, was Derkatsch erzählt hat.

Für Leser meines Buches «Das Ukraine-Kartell» enthält dieses Interview keine revolutionär neuen Informationen, denn das meiste ist längst bekannt. Aber das Interview enthält Details, die für alle, die das Buch aufmerksam gelesen haben, sehr interessant sind.

Beginn der Übersetzung:

«Wer laut über Bidens Korruption in der Ukraine spricht, dem droht die physische Vernichtung» – sensationelle Aussagen in einem brandneuen Interview mit dem ukrainischen Politiker Andrej Derkatsch.

Vollständiges Interview auf Video

Die Demokratie in den USA ist nicht die Macht des Volkes, sondern die Macht der Demokratischen Partei, die es Joe Biden ermöglicht, seine von ihm abhängigen Mitarbeiter in der Ukraine Schritt für Schritt der Strafverfolgung wegen Korruption zu entziehen. Ausserdem droht jedem, der laut über die internationale Korruption und Einflussnahme der Familie Biden spricht, die physische Vernichtung.

Dieses Thema hat Andrej Derkatsch, ein bekannter ukrainischer Politiker, in seinem ersten Interview mit amerikanischen Journalisten nach einer zweijährigen Pause angesprochen.

Andrej Derkatsch wurde den weltweiten Medien bekannt, nachdem eine Reihe von Korruptionseinthüllungen über die «ukrainische Spur» in den Aktivitäten von Joe Biden während seiner Amtszeit als US-Vizepräsident in den Jahren 2014–2017 bekannt geworden waren.

In seinem neuen Interview lieferte Derkatsch sensationelle Daten, wonach das Büro von Präsident Selensky hinter dem Durchsickern und der Verbreitung von Tonaufnahmen mit Gesprächen zwischen Biden und Poroschenko steckt. Derkatsch sprach auch darüber, wie Bidens Partner in der Ukraine terroristische Handlungen auf dem Gebiet anderer Länder finanzieren und sich vor der Verantwortung für ihre korrupten Handlungen vor dem Krieg drücken. Aus dem Interview mit Derkatsch erfahren Sie auch etwas über die geheime Mission, mit der US-Aussenminister Blinken am Vorabend des Krieges nach Kiew flog, sowie über den Preis, den der ukrainische Staatsanwalt Kostantin Kulik, der Journalist und Politiker Alexander Dubinsky und der ehemalige Generalstaatsanwalt Viktor Schokin für ihre Aussagen über Bidens Korruption zahlen können.

Die sensationellen Fakten, die Andrej Derkatsch in einem Interview mit amerikanischen Medien präsentiert hat, könnten ein weiterer Schritt in Richtung eines möglichen Amtsenthebungsverfahrens gegen den amtierenden US-Präsidenten sein.

Im Folgenden finden Sie den vollständigen Text des Interviews. Die Interviewerin ist die amerikanische Journalistin und Moderatorin Simona Mangiante:

Ich freue mich sehr, Sie heute zu sehen, vor allem nach den traurigen Nachrichten über das Attentat auf Sie in der Ukraine und auch vor dem Hintergrund der Nachrichten über Ihre Verfolgung in den USA und der Ukraine. Gott sei Dank sehe ich Sie gut gelaunt und in bester Verfassung. Das letzte Mal haben wir uns 2021 in Kiew getroffen. Aber heute möchte ich zuerst über Sie sprechen, bevor ich über die Ukraine spreche. Warum treffen wir uns nicht in Kiew? Warum sind wir hier?

Zunächst einmal danke ich Ihnen sehr für die Aufmerksamkeit, die Sie ukrainischen Themen und Geschichten widmen, die im öffentlichen Leben der USA heute viel Aufmerksamkeit erhalten. Wie Sie bemerkt haben, wurden unsere Worte in der Zeit seit 2021 in den Untersuchungen des Kongresses über die Korruption der Familie Biden in der Ukraine bestätigt. Als wir damit begannen, war uns natürlich klar, dass wir mit einer Vielzahl von Angriffen konfrontiert sein würden, darunter auch mit Bedrohungen der physischen Sicherheit. Letzteres wurde uns im Jahr 2021 durch Beamte des Innenministeriums bekannt. Wir identifizierten die Personen, die ein Attentat auf mich und den Leiter der Gruppe der Staatsanwälte im Fall Burisma, Kostantin Kulik, verüben wollten.

Leute, die uns ausspähen sollten, wurden identifiziert und in dem von der Polizei eingeleiteten Verfahren wurde ich zusammen mit Kulik als Opfer anerkannt. Diejenigen, die das Attentat verüben sollten, wurden

ausfindig gemacht, ebenso wie ihr Stützpunkt in Sakarpatya, wo die Mörder stationiert waren, es waren gebürtige Osteuropäer. Und der direkte Vollstrecker sollte ein Albaner sein. Leider gab es ein Informationsleck, so dass diese Personen das Hoheitsgebiet der Ukraine ungestraft verlassen konnten. Alle Dokumente und Fotos befinden sich in der Strafsache, die, wie ich hoffe, nicht vernichtet wurde.

Nun zu Ihrer Frage, warum wir uns nicht in Kiew treffen. Am 19. Januar 2022 kam US-Außenminister Blinken in die Ukraine, um sich mit Selensky zu treffen. An diesem Treffen nahmen eine ganze Reihe von Personen teil, nicht weniger als 14 Personen. Bei diesem Treffen sagte Herr Blinken zu Selensky: «Sie müssen die Derkatsch-Frage dringend lösen.» Selensky begann, über einige Figuren der Opposition zu sprechen. Blinken widersprach: «Wenn Sie die Derkatsch-Frage nicht lösen, werden wir sie mit unseren Partnern selbst lösen.» Diejenigen, die an dem Treffen teilnahmen, waren beeindruckt, denn das war eine ziemlich scharfe Position des US-Außenministers, man stelle sich vor, dass es die Aufgabe des ukrainischen Präsidenten war, die Derkatsch-Frage zu lösen.

Natürlich gab es Leute, die zu mir kamen und mir davon erzählten. Sie sagten: «Sie werden nicht nach dem Gesetz behandelt, lösen Sie dringend die Frage Ihrer Sicherheit.» Wenn der US-Außenminister selbst damit droht, Ihr Problem auf nicht legale Weise zu lösen, dann werden Sie natürlich aktiv. Es gibt Zeugen für diese Aussage von Blinken, eine ganze Reihe davon. Soll Blinken seine Hand auf die Thora oder die Bibel legen und sagen, dass er das nicht gesagt hat.

Stimmt es, dass Sie für den Grossteil des westlichen Publikums als Agent des Kremls dargestellt werden, vor allem wegen Ihrer Ausbildung beim FSB? Stimmt es auch, dass jeder, der die Korruption der Familie Biden in der Ukraine aufdeckt, als russischer Agent bezeichnet wird, und dass jedes Stück sensibles Beweismaterial gegen die Familie Biden als russische Propaganda bezeichnet wird? Unser Hauptziel ist es also, Ihnen eine Stimme zu geben und zu erklären, wer Sie sind, welche Rolle Sie bei der Aufdeckung der Korruption spielen und wie Sie nicht nur in den USA, sondern auch in Ihrem eigenen Land verfolgt wurden. Eigentlich wurden Sie von der Ukraine verraten. Ich denke, es ist sehr interessant, diese Geschichte von Ihrer Seite zu hören.

Ihre Frage enthält so viele Unterfragen, dass ich mich nicht entscheiden kann, mit welcher ich anfangen soll. Eine Geschichte mit einer humorvollen Antwort auf eine Frage, eine ernste Antwort, eine analytische Antwort? Womit sollen wir beginnen?

Ja, ich wünschte, Sie würden ernsthaft sein und mehr Analysen liefern.

Alles, was wir in Bezug auf die Korruption der Familie Biden in der Ukraine gesagt haben, wurde durch Untersuchungen des Kongresses und andere Quellen bestätigt. Wir haben Dokumente und Finanzbuchungen über Korruption und Geldwäsche durch Burisma vorgelegt. Wir haben Kontoauszüge von Morgan Stanley vorgelegt, wir haben die Verbindung zwischen Burisma und den Geldwäschefirmen Wirelogic Technologies und Digitex aufgezeigt.

Darüber hinaus haben Kulik und ich zwei Zeugen benannt, zwei europäische Staatsbürger, die auf Anweisung von Slotschewsky direkt an der Geldwäsche beteiligt waren und nominell Direktoren dieser beiden Unternehmen waren.

Das ist sehr interessant und ich würde das gerne etwas später vertiefen, aber lassen Sie uns noch einmal auf den Grund zurückkommen, warum wir uns in Minsk treffen. Haben Sie die Ukraine sofort verlassen, nachdem Sie von dem Gespräch zwischen Selensky und Blinken gehört hatten, noch bevor die Militäroperation begann? Und wie ist es Ihnen überhaupt gelungen, die Ukraine zu verlassen?

Zunächst einmal war ich sehr lange Zeit in der Ukraine. Sie haben meine Biographie studiert. In einer kritischen Situation habe ich so gehandelt, wie es mir beigebracht wurde, wie es mir die Erfahrung beigebracht hat, nicht nur die FSB-Akademie. Ich habe den Kontrolldienst der Ukraine gegründet, bin 1994 in die Politik gegangen, war Berater des Präsidenten für ausenwirtschaftliche Beziehungen, war 1997 der erste Assistent des Ministerpräsidenten und leitete das Büro des Ministerpräsidenten. Danach wurde ich sieben Mal zum Volksvertreter der Ukraine gewählt. Niemand in der Ukraine ist so oft ins Parlament gewählt worden wie ich. Ich war Leiter des grossen Energieunternehmens Energoatom. Ich war Leiter der Beratergruppe von Premierminister Nikolej Asarow. In meinen 30 Jahren in der Politik hatte ich genügend Verbindungen und Menschen, die mir geholfen haben.

Ich erzähle Ihnen mehr, ich bin mindestens sechs Monate lang in der Ukraine herumgezogen. Sie haben mich einfach am falschen Ort gesucht. Ich hörte, dass sie in meinem Wahlkreis herumliefen, mit automatischen Gewehren in Schweineställe und Hühnerställe eindringen, ich kann Ihnen die Videos zeigen. Natürlich kann ich Ihnen im Hinblick auf die Sicherheit der Menschen, die mir geholfen haben und mir helfen, nicht sagen, wie das alles passiert ist. Aber ich wusste genau, was ich tat und warum ich es tat. Was die Bestätigung meiner Worte angeht, ist die Tatsache, dass das Strafverfahren in der Ukraine erst am 4. Juni registriert wurde und die Informationen am 26. Juni an die Presse weitergegeben wurden, fast sechs Monate

nach Beginn der Suche. Wenn sie die Angelegenheit nach dem Gesetz behandeln wollten, hätten sie im Februar/März ein Verfahren eröffnet und dann mit der Suche begonnen.

Sie waren also noch in der Ukraine, als das Verfahren gegen Sie eingeleitet wurde? Sie haben es eingeleitet, weil sie Sie nicht finden konnten?

Ja.

Was bedeutet dieser Fall für Sie generell? Einfach, weil sie Sie nicht finden konnten oder ...?

Es war nicht Letzteres, sondern Blinkens Entscheidung, meine Angelegenheit auf nicht legale Weise zu lösen. Jermak und Selensky mussten etwas berichten. Da sie mich nicht gefunden haben, meldeten sie die Strafanzeige.

Und laut den Medien nicht nur gegen Sie, sondern auch gegen alle, die sich in Pressekonferenzen zusammen mit Ihnen oder anderen Personen, die die Fakten der Korruption aufgedeckt haben, zu Wort gemeldet haben. Ich spreche hier insbesondere von Dubinsky und Kulik. Können Sie sich dazu äussern? Was halten Sie von diesen umfassenden Ermittlungen gegen alle Personen, die an der Aufdeckung der Korruption beteiligt waren?

Nicht nur in der Ukraine wird Druck auf diejenigen ausgeübt, die Korruptionsfälle aufklären. Was die Geschichte mit Dubinsky und Kulik betrifft, so ist sie eine anschauliche Bestätigung für all dies. Für die Intensivierung des Falles Kulik gab es zwei Gründe. Der erste Grund – und das ist ein sehr wichtiges Gespräch, ich möchte, dass Sie ihm besondere Aufmerksamkeit schenken – war, dass am 10. und 11. Oktober einer der Anwälte, die mit dem US-Kongress zusammenarbeiten, den ehemaligen Generalstaatsanwalt der Ukraine, Herrn Schokin, interviewte. Das waren Jake Greenberg und Clark Aborisk.

Der ehemalige Generalstaatsanwalt Schokin ist ein wichtiger Zeuge und eine Schlüsselfigur in den Fragen des ersten Amtsenthebungsverfahrens, das in den USA stattfand, und auch in den Fragen des nächsten Amtsenthebungsverfahrens, das jetzt beginnt. Ich glaube, kein Ukrainer wurde im Zusammenhang mit den Ermittlungen in der Ukraine häufiger genannt als Schokin.

Glauben Sie, dass Schokin strafrechtlich verfolgt werden könnte?

Schokin ist jetzt eine Geisel auf ukrainischem Gebiet. Soweit ich weiss, lassen sie ihn nicht aus der Ukraine heraus. Er steht unter der totalen Kontrolle des ukrainischen Geheimdienstes SBU und ist Gegenstand von Verhandlungen zwischen Biden und Blinken auf der einen Seite und Selensky und Jermak auf der anderen. Der SBU zeichnete die Gespräche auf, in denen Schokin den Kongress über die tatsächlichen kriminellen Handlungen von Blinken und Biden sowie über die Korruption der Familie Biden informierte.

Der SBU meldete Selensky und Jermak, dass Schokin ausser Kontrolle geriet, und wie mir von SBU-Beamten – ehrlichen, die sich nicht an kriminellen Aktivitäten beteiligen wollen – gesagt wurde, erwägen sie nun die Liquidierung von Herrn Schokin in der Ukraine. Dies ist eine sehr wichtige Aussage, über die ich jetzt spreche, denn wir müssen das Leben des ehemaligen Generalstaatsanwalts schützen. Meiner Meinung nach besteht die Aufgabe des Kongresses heute darin, seine Sicherheit zu gewährleisten und ihn aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine zu entfernen. Was den Fall Dubinsky und Kulik betrifft, so wurde er intensiviert, nachdem der Kongress versucht hatte, Zeugen aus der Ukraine heranzuziehen.

Das zu Dubinsky und Kulik. Der zweite Grund für die Intensivierung der Ermittlungen gegen sie ist, dass Dubinsky im August in einem der Strafverfahren aussagte, dass das Büro von Präsident Selensky hinter den Tonbändern mit Aufnahmen von Biden und Poroschenko und deren Verteilung steckte. Und er machte diese Aussage im Nationalen Antikorruptionsbüro NABU, das vollständig unter der Kontrolle der amerikanischen Botschaft steht.

In einer Situation, in der Selensky zusammen mit Jermak bei Biden und Blinken um Geld bettelt, ist die Geschichte, dass sie zu einem bestimmten Zeitpunkt Probleme für Bidens Wahlkampagne geschaffen haben, wie sie glauben, natürlich von entscheidender Bedeutung für sie. Darüber hinaus kann ich bestätigen, dass das Büro von Präsident Selensky an der Verteilung und Organisation der Berichterstattung über die Poroschenko-Biden-Bänder beteiligt war. Sie verfolgten jedoch ihre eigene Agenda.

Dazu habe ich eine Frage. Warum haben Sie zugestimmt, diese Bänder zu verwenden? Was war Ihr Interesse, Ihre Motivation, und was wollte das Büro von Präsident Selensky damit bezwecken?

Sehen Sie, jeder von uns hatte seine eigenen Ziele. Herr Smirnow, der stellvertretende Leiter von Selenskys Büro, rief mich zum Tee an und sprach darüber, wie gut es wäre, den ehemaligen Präsidenten Poroschenko wegen Korruption zu belangen. Ich stimmte zu und sagte: Natürlich, aber Sie sollten auch mitmachen. Sie fingen an, über einige Tonbänder zu sprechen. Ich bot ihnen an: Wenn ich von einem Journalisten oder einem Strafverfolgungsbeamten Beweise bekomme, werde ich sie auf jeden Fall veröffentlichen. Ich erklärte ihnen, dass ich an ihren politischen Spielchen nicht interessiert sei. Ich sei nur an der Korruptionsbekämpfung.

fung interessiert, das sei das erste Thema, und das zweite Thema sei die Souveränität meines Landes und der Kampf gegen die Fremdbestimmung.

Das Amt hat natürlich nicht nur bei der Verbreitung der Bänder geholfen. Sie erinnern sich vielleicht, dass auf die Bänder am nächsten Tag eine Pressekonferenz von Selensky folgte. Und er «echote» einfach mit, wie ein echter «schöner und intelligenter Schauspieler», zum Thema der Tonbänder.

Was Smirnow anbelangt, er beteiligte sich an unseren Aktivitäten, indem er der Generalstaatsanwältin Venediktova, die mit mir am Thema der Korruption von Poroschenko und Naftogaz arbeitete, einen Auftrag gab. Ausserdem war der Leiter des Geheimdienstes der Ukraine, Iwan Bakanow, an der operativen Unterstützung beteiligt. Und nicht nur das, es gab auch Fragen wegen operativen und investigativen Aktivitäten.

Darüber hinaus befassten sich Schvets und Gorbenko, der Stellvertreter und Leiter der SBU-Untersuchung, mit Fragen der Ermittlungen. Um es noch einmal deutlich zu machen: Bakanow, Maljuk, Schvets, Gorbenko, Naumow – sie alle waren auf Anweisung des Präsidialamtes gemeinsam mit mir an der Untersuchung der Korruption von Präsident Poroschenko, der internationalen Korruption, beteiligt, und sie waren aktiv in diesen Prozess involviert, bis Biden zum US-Präsidenten gewählt wurde.

Und das war eigentlich meine nächste Frage, denn ich wollte Sie gerade fragen, wie der Sieg Bidens Ihre Beziehungen zur Selensky-Regierung verändert hat?

Sie waren in der Tat sehr verängstigt von Bidens Wahlsieg. Sie kamen in mein Büro, um sich zu beraten, auch die Mitarbeiter des Geheimdienstes und die Staatsanwälte sowie die stellvertretenden Vorsitzenden des Geheimdienstes. Und dann verschwanden sie alle auf einmal. Das war für mich nicht überraschend. Ich bin mehrmals zu ihnen gekommen und habe ihnen erklärt: Hören Sie auf, Strafsachen zu verkaufen. Ich werde nicht zulassen, dass diese Fälle eingestellt werden. Damals hatten wir die Möglichkeit, die Ermittlungen über die Gerichte während eines bestimmten Zeitraums wieder aufzunehmen. Und wir haben weiter daran gearbeitet, Fakten und Informationen zu sammeln und zusammenzutragen und diese Ermittlungen irgendwie voranzutreiben. Damals hat uns die mittlere Ebene – die Staatsanwaltschaft, der Geheimdienst und das Staatliche Ermittlungsbüro – sehr geholfen. Sie wussten ganz genau, dass wir Recht hatten.

Aber das ist der springende Punkt: Selensky kam mit dem Versprechen an die Macht, die Korruption zu bekämpfen, also sollten Ihre Antikorruptionsaktivitäten sehr gut zu seiner Agenda passen, aber am Ende wurden Sie von Ihrem eigenen Land, der Ukraine, verraten und Sie wurden meiner Meinung nach zu einer Art Verhandlungsmasse, um die Beziehungen zur neuen Biden-Regierung zu normalisieren. Wie ist Ihre derzeitige Position im Moment? Ich meine, wenn Sie wüssten, dass dies das Ergebnis sein würde, würden Sie diese Bänder immer noch veröffentlichen?

Ich würde diese Bänder immer noch veröffentlichen, ich würde immer noch gegen Korruption kämpfen, das tue ich ja auch jetzt. Und was meinen Sie mit «Land», die organisierte kriminelle Gruppe, die die Macht im Land übernommen hat, oder Leute, die meine Landsleute sind? Das letzte Mal haben Sie und ich über die organisierte kriminelle Gruppe Biden-Poroschenko gesprochen.

Ich erinnere mich.

Selensky kam und sie «plünderten» einfach die Gruppe organisierter Verbrecher und nahmen deren Platz ein. Sie brachten ihre eigenen Innovationen und Elemente in diese Tätigkeit ein. Sie wurden noch zynischer und grausamer. Sie zerstörten ihre Gegner physisch. Sie kreuzigen die orthodoxe Kirche der Ukraine. Tausende von Menschen werden wegen ihrer Religion verfolgt.

Sogar eine Kommission des US-Aussenministeriums hat das zur Kenntnis genommen. Haben Sie irgendwo eine Erklärung des US-Botschafters in der Ukraine über die Situation der orthodoxen Kirche gehört? Über Priester und Bischöfe, die aufgrund falscher Anschuldigungen ins Gefängnis geworfen wurden? Über entzogenes Eigentum, über Strafverfahren? Auch zu diesem Beispiel möchte ich sagen, dass es für mich eine einzige organisierte kriminelle Gruppe gibt: Biden, Blinken, Nuland, der «tiefe Staat», vertreten durch das US-Aussenministerium. Und dann gibt es noch ihre Fortsetzung, entweder in Form von Poroschenko oder in Form von Selensky mit Jermak. Was meine Mitbürger betrifft, so sind sie heute Geiseln der Situation.

Ja.

Alle lieben es, dass wir immer wieder die FSB-Akademie erwähnen, nicht wahr? Erwähnen wir sie noch einmal auf eine gute Art und Weise.

Es ist sehr filmisch, wenn man an russische KGB-Spione denkt. So wird es auch meistens dargestellt. Aber es ist eher eine falsche Erzählung.

Als Fortsetzung möchte ich Folgendes sagen. Während meines Studiums an der FSB-Akademie lautete eine meiner Arbeiten «Psychologische Einschätzung einer Gruppe von Terroristen bei der Entführung von Flugzeugen mit Geiseln». Heute sind also die Bevölkerung der Ukraine, meine Mitbürger, Geiseln. Sie haben wahrscheinlich schon gehört, was das «Stockholm-Syndrom» ist?

Ja.

Es ist ein so starker emotionaler Schock, dass nach einer Stunde die Motivationen der Terroristen und der Geiseln übereinstimmen, und sie alles tun, um zu überleben. Deshalb haben Sie zu Beginn der Militäraktionen die überragenden Umfragewerte von Selensky, Saluzhny und anderen Vertretern der ukrainischen Regierung gesehen. Aber es ist unmöglich, unter den Geiseln Umfragen zu machen. Und selbst jetzt, wo die Bevölkerung als Geisel gehalten wird, sinkt das Ansehen der Regierung ohnehin.

Was ist der Ausweg aus dieser Situation, fragen sich alle, was wird aus der Ukraine? Ich kann den Einschätzungen von Elon Musk und anderen bekannten amerikanischen Politikern nur zustimmen, dass sich die Ukraine in einer völligen Sackgasse befindet. Der Weg aus dieser Sackgasse ist auf jeden Fall schmerzhaft. Wichtig ist dabei, dass zuerst die Geiseln freigelassen werden, dass man mit den Terroristen fertig wird, am besten auf legale Weise, dass die Geiseln rehabilitiert werden, und dann können wir entscheiden, wie es weitergeht.

Wir haben 2021 darüber gesprochen und seither ist die Situation kollabiert. Wie sehen Sie heute die Entwicklung der Lage in der Ukraine? Ich erinnere mich, dass wir unser Gespräch mit Ihrer Erklärung zur Unabhängigkeit der Ukraine abgeschlossen haben. Wie sehen Sie die Ukraine heute? Was ist von diesem Land übriggeblieben, was die Bevölkerung, die Kultur und auch das Territorium betrifft?

Wir haben bereits darüber gesprochen, dass die Ukraine für mich nicht in erster Linie ein Territorium ist. Der Wert der Ukraine liegt in erster Linie in ihren Menschen. Sie sind kreativ, stark, intelligent, arbeitswillig, gebildet, sie werden gerne in Europa, in Russland, in Weissrussland angeworben. Deshalb geht es für mich in erster Linie darum, die Menschen zu erhalten. Und was sehen wir heute in der Praxis? Die Menschenrechte und die Verfassung der Ukraine werden mit Füßen getreten. Sie haben die Bevölkerung in ein Konzentrationslager gesteckt. Männer dürfen das Land nicht verlassen. Jetzt steht die Frage im Raum, ob auch die Frauen nicht ausreisen dürfen. Ich habe eine Frage an all die europäischen Persönlichkeiten, die über die europäische Perspektive der Ukraine sprechen: Sehen sie nicht, wie Männer an den Füßen zu den Militärregistrierungsbüros geschleift und in Busse gepfercht werden? Gestern hat die amerikanische Presse darauf aufmerksam gemacht, die «New York Times». Auf diese sadistische Mobilisierung.

Ja, ja.

Praktisch ist die Ukraine heute ein Konzentrationslager, das sich auf Europa zubewegt. Keine Redefreiheit, keine Menschenrechte, keine Religionsfreiheit. Ausserdem wird der grösste Teil der männlichen Bevölkerung vernichtet. Wie sieht also die Zukunft des Landes aus? Sie und ich haben damals über den Verlust von Territorium und von Bevölkerung gesprochen. Heute finden einfach katastrophale Prozesse statt. Das ist ein Schmerz, der Millionen von Familien betrifft. Und wer ist daran schuld? Biden, Nuland, Blinken, Demo-Korruption, Selensky, Poroschenko und der Rest dieser organisierten kriminellen Gruppe.

Jetzt gibt es viele Informationen über seine Korruption. Ich würde gerne Ihre Meinung dazu hören, welches der veröffentlichten Materialien für die Öffentlichkeit am interessantesten ist?

Ich werde Ihnen zwei Entscheidungen ukrainischer Gerichte zeigen. Die eine ist die Gerichtsentscheidung über den Burisma-Mitarbeiter, den Rechtsanwalt Kitscha. Das ist ein Fall aus dem Jahr 2020, bei dem es um die grösste Bestechung in Europa ging, um 6 Millionen Dollar in Plastiktüten, die für die Schliessung des Burisma-Falls gezahlt wurden. Ich werde Ihnen die Dokumente geben, es gibt Kuliks Berichte zu diesem Thema. Worum geht es in diesem Gerichtsurteil?

Am 21. April 2022 überweist das ukrainische Gericht diese 6 Millionen in bar mit Zustimmung des Vertreters von Burisma an eine Militäreinheit der Hauptnachrichtendirektion der Ukraine. Die Nummer dieser Einheit finden Sie hier. Es handelt sich um einen geheimen Beschluss, den noch niemand gesehen hat.

Nach einer gewissen Zeit beginnen die «Nord Streams» zu explodieren, es werden Attentatsversuche unternommen. Die Leiter der ukrainischen Sicherheitsdienste machen keinen Hehl daraus, dass sie Terroranschläge und politische Morde verüben, um Geld in die Kassen zu bekommen. Wieder einmal: Bidens Partner im Korruptionsgeschäft in der Ukraine finanzieren Terroranschläge und entziehen sich so der Verantwortung für die Korruption in der Ukraine.

Es gibt eine zweite Gerichtsentscheidung – direkt zu Slotschewsky.

Was hat die Untersuchung darüber ergeben, warum dieses Schmiergeld gezahlt wurde? Wie gerecht sind Bidens Partner Slotschewsky und seine Komplizen bestraft worden?

Die Art und Weise, wie das Schmiergeld übergeben wurde, konnte fast jeder live sehen. Es wurde gegeben, um den Fall Burisma zu schliessen. Die Informationen waren mit Bildern in allen europäischen Nachrichtenagenturen zu finden. (Anm. d. Übers.: Die Bilder von Bergen von Bargeld machten zumindest in Russland und der Ukraine Schlagzeilen.)

Das Einzige, worauf wir immer geachtet haben, war, dass der Betrag der Bestechung ein anderer war, nämlich 50 Millionen Dollar. Was die Gerichtsentscheidung über Slotschewsky angeht, so wurde sie 2023 getroffen.

fen. Die Entscheidung, Slotschewsky von der Verantwortung für diese Bestechung freizusprechen, fiel im März 2023. Aber nur für die Bestechung, nicht für frühere Korruption. Auch diese Entscheidung war geheim. Aber Vertreter einer von Soros Publikationen, der Ukrainka Pravda, haben sie versehentlich veröffentlicht. Ich werde Ihnen diese Entscheidung und den Artikel geben. Demnach erhielt Slotschewsky für 6 Millionen der grössten Bestechung mit Bargeld in Europa 64'000 bis 68'000 Griwna Strafe. Um es Ihnen zu verdeutlichen: Für eine Bestechung von 6 Millionen Dollar erhielt er eine Geldstrafe von 1800 Dollar. Gleichzeitig überwies er 800 Millionen Griwna zur Finanzierung des Terrorismus an die «Drohnenarmee» und die Streitkräfte.

Sie fragen nun, was ich jetzt tue. Ich befasse mich jetzt konkret mit dem Verfahren, mit dem all diese Personen in verschiedenen Gerichtsbarkeiten wegen Terrorismusfinanzierung belangt werden können. Wir kennen das Verfahren und wir werden es anwenden. Wir werden Bidens Mitarbeiter wegen der Finanzierung des Terrorismus strafrechtlich verfolgen.

Die Entscheidung des Kiewer Bezirksgerichts Реевичерск vom 4. September 2020, die Burisma gegen Andrej Derkatsch verloren hat und in der das Gericht nach Prüfung aller vorgetragenen Fakten feststellte, dass: «Der Kläger [also «Burisma»] bestreitet in der Klageschrift nicht wirklich die Tatsachen der Zahlungen [er bestätigt also die Zahlung für Bidens Dienste], sondern spricht über deren Unterschiede und Übertreibungen.»

Die Entscheidung des Kiewer Berufungsgerichts vom 10. März 2021, die Burisma verloren hat, besagt ebenfalls, dass «der Kläger [also Burisma] in der Klageschrift die Fakten der Zahlungen nicht wirklich bestreitet [also die Zahlung für Bidens Dienste bestätigt], sondern nur über deren Unterschiede und Übertreibungen spricht».

Ihr Team ist bekannt für den Kampf gegen die Korruption der US-Demokraten. Arbeiten Sie immer noch an der Aufdeckung von Korruption und Fremdbestimmung, während Sie hier in Weissrussland sind? Ich meine, werden wir von neuen Aufnahmen, neuen Bändern, neuem Material hören?

Ich werde Ihnen eine interessante Geschichte erzählen, die in gewissem Masse mit Weissrussland zu tun hat. Ich habe einen guten Freund, den amerikanischen Journalisten Simon Shuster. Er hat viele Artikel über die Ukraine geschrieben, einer davon, der skandalöseste, wurde kürzlich in Time veröffentlicht. Darin wurde bestätigt, was ich gesagt habe: «Selenskys innerer Kreis sagte, sie würden stehlen, als gebe es kein Morgen.» Als Shuster 2020 oder 2021 ins US-Aussenministerium kam und Fragen zum Demo-Korruption und zu meiner Person stellte, passierten ziemlich lustige Geschichten. Es gibt so eine Figur in der amerikanischen Politik – George Kent.

Er hat als Botschaftsrat in der Ukraine gearbeitet, dann im Aussenministerium, und jetzt ist er US-Botschafter in Estland. Als Shuster ihn aufsuchte und ihm eine Frage zur Korruption der Demokraten stellte, holte Kent fast hysterisch eine Tabelle hervor und verschüttete eine Tasse Kaffee.

Was hat den «tiefen Staat» und das US-Aussenministerium am meisten verärgert? «Ich meine, sie zeigen Dokumente, sie verifizieren Dokumente, sie zeigen Telefonate – wie kann man sie bekämpfen? Sie werden von verschiedenen Verschwörern in den USA zitiert.» Warum war Kent eigentlich so entrüstet? Weil wir ihn in der Ukraine wiederholt dabei erwischt haben, wie er Korruption vertuscht hat. Er war an der Vertuschung von Korruption während der Reform der Staatsanwaltschaft beteiligt, als Schokin ein Strafverfahren eröffnet hat und Kent schriftlich forderte, es einzustellen. Ich zeige Ihnen einen von Kent direkt unterzeichneten Brief, in dem er die Einstellung des Verfahrens wegen Diebstahls amerikanischer Steuergelder forderte.

Danach gab es weitere Vorfälle in der Generalstaatsanwaltschaft, als Gelder der US-Botschaft über die seltsame Firma «Psymetrix», die im Bezirk Obuchiw der Region Kiew registriert ist, flossen. Transparenz nach Kent: Die US-Botschaft schliesst eine Vereinbarung mit Georgiern, die eine Firma in Rom, Italien, betreiben, um die Tests der Generalstaatsanwaltschaft über Psymetrix, eine Proxy-Firma im Bezirk Obuchiw, zu organisieren. Sie geben Millionen aus. Und die stinkende Firma IDLO, die in Skandale um den Diebstahl von US-Geldern in Afghanistan verwickelt ist. Nach so kreativer Arbeit in der Ukraine wechselt er ins Aussenministerium.

Im Jahr 2020 wird er zum Mitautor eines versuchten Staatsstreichs in Weissrussland. Heute «hütet» er diese Sprechpuppe Tichanowskaja. Im November fanden zwei Veranstaltungen mit Tichanowskaja statt, wieder werden amerikanische Steuergelder veruntreut. Wieder wird Geld gestohlen. Letzten Endes sollte sich das FBI darum kümmern. Leider ist es zusammen mit der Staatsanwaltschaft mit der Verfolgung von Trump und seinen Beratern beschäftigt.

Aber das ist es nicht, was mich an dieser Geschichte interessiert. Ich werde nicht einmal Worte wählen. Kent ist eine abscheuliche und hinterhältige Person, die die Demokratie und die Menschenrechte in meinem Land zerstört hat. Er hat mein Land zerstört. Er ist verwickelt in Wahlmanipulationen, Korruption, politische Skandale, politische Lügen, auch im Kongress. Und er sitzt hier in Estland und redet von Menschenrechten und davon, die Führung von Weissrussland vor Gericht zu stellen? Irgendwo muss es doch eine Grenze für Zynismus geben, oder? Mir ist klar, dass er in diesem Fall bei der Korruption der Demokraten abwesend ist.

Oder denkt er, dass alle seine Abenteuer vergessen haben? Oder die Ergebnisse seiner und der Aktivitäten des US-Aussenministeriums in der Ukraine?

Und es ist tatsächlich sehr interessant, dass Sie die Verfolgung des gesamten Trump-Wahlkampfes, der Trump-Regierung und von Trump als ehemaligem Präsidenten erwähnt haben. Sie haben sich mit Rudy Giuliani getroffen, Sie haben sich im Zusammenhang mit der Aufdeckung von Bidens Korruption in der Ukraine getroffen. Als Ergebnis dieser Untersuchung und der Informationen, die Sie Rudy Giuliani vorgelegt haben, wurde er beschuldigt, ein Kreml-Agent zu sein, der sowohl von den USA als auch der Ukraine mit Sanktionen belegt wurde. Könnten wir ein wenig über diese Interaktion mit Rudy Giuliani sprechen? Wie haben Sie sich getroffen? Und wer hat Sie in diese Untersuchung einbezogen? War es Artemenko?

Nach mehreren Pressekonferenzen, die wir abgehalten haben, auch mit Dubinsky, schlug Artemenko vor, dass ich mit Giuliani sprechen sollte. Ich habe Giuliani immer als einen Helden der USA betrachtet, als einen hervorragenden Staatsanwalt, der in New York für Ordnung gesorgt hat, als einen hervorragenden Bürgermeister von New York, der sich am 11. September wie ein Held verhalten hat.

Meine Position war ziemlich klar: Lasst uns eine gemeinsame öffentliche Task Force einrichten, um zu ermitteln. Bilden wir eine Gruppe zur Untersuchung von Korruptionsverbrechen unter Beteiligung des Kongresses und der Werchowna Rada der Ukraine, transparent, offen, im Interesse des amerikanischen und ukrainischen Volkes. Ich habe Giuliani gesagt, dass ich einer Arbeitsgruppe des ukrainischen Haushaltsausschusses vorstehe, die die Veruntreuung internationaler technischer Hilfe untersuchen soll. Es ging um die Unterschlagung von 5,2 Milliarden Dollar.

Dies sind die Dokumente des Rechnungshofs der Ukraine, eines offiziellen Verfassungsorgans. Giuliani interessierte sich für die Fragen der Korruptionsermittlung. Wir hatten viele lange Gespräche mit ihm über das Thema Korruptionsbekämpfung. Er hat enorme Erfahrung in der Korruptionsbekämpfung. Mir gefiel die Tatsache, dass er ein sehr akribischer Staatsanwalt ist, er schreibt alles auf, analysiert alles und zieht dann seine Schlüsse. Um die Beziehung zu Artemenko zu verstehen – ich bin ein gesetzestreuer Bürger und Giuliani ist ein gesetzestreuer Bürger – wurde beschlossen, dass ich eine Lobby-Vereinbarung unterzeichnen sollte. Ich habe sie mit Artemenko unterzeichnet.

Ausserdem, ich gebe Ihnen diesen Vertrag, gab es dort eine Einfügung, die auf der Website des US-Justizministeriums registriert ist und die Korruptionsbekämpfung im Kraftstoff- und Energiebereich sowie im Bereich der logistischen Unterstützung betrifft. Nach einiger Zeit stellte sich heraus, dass es sich bei Herrn Artemenko um einen FBI-Agenten mit einer 10-jährigen Geschichte handelte. Es stellte sich heraus, dass das FBI seinen Agenten zu mir geschickt hat.

Ich möchte, dass Sie sich dazu äussern, denn es wurde spekuliert, dass Artemenko derjenige war, der Giuliani in Misskredit brachte, weil er im Besitz dieser sensiblen Informationen war. Anstatt also eine Untersuchung über diese Tatsache durchzuführen, wurde sie benutzt, um den Überbringer zu diskreditieren, wie es jetzt im korruptierten US-Justizministerium geschieht, wie es oft geschieht. Wann haben Sie Artemenko getroffen, was war Ihr erster Eindruck von ihm, denn Sie sind sehr erfahren und können ein Profil von einem Terroristen erstellen, und ich bin sicher, dass Sie auch ein Profil von Artemenko erstellen können.

Ich antworte Ihnen so: Praktisch alle angesehenen Nachrichtendienste der Welt waren an unserer Arbeit interessiert. Vor allem nach der Veröffentlichung der Poroschenko-Biden-Bänder.

Was Artemenko betrifft, so gibt es bei herausragenden FBI-Agenten entweder etwas Gutes oder nichts. Was seine Äusserungen über Giuliani betrifft, so überlasse ich sie seinem Gewissen. Ich habe mit ihm ausschliesslich im Bereich der Gesetzgebung in der Ukraine und in den USA gearbeitet. Denn es ist absurd, wenn das FBI seinen Agenten schickt, einen Vertrag mit mir abschliesst und dann Sanktionen gegen mich verhängt! Gibt es wenigstens einen Beweis dafür, dass ich nicht im Einklang mit dem US-Recht gehandelt habe? Es gibt drei Gutachten, darunter ein ausländisches, dass ich ausschliesslich nach dem Recht der Ukraine und der USA gehandelt habe. Es gibt ein Verfahren, das die Staatsanwaltschaft des Eastern District of New York in den USA gegen mich eingeleitet hätte.

Ich habe mich nicht wirklich mit diesem Prozess befasst, ich habe ihn nur gelesen und war von den Fantasien der Staatsanwälte überrascht. Es ist ein komplettes Hirngespinnst aus dem Nichts, das weder zeitlich, noch durch Ereignisse oder Personen miteinander verbunden ist. Irgendwann wird man sich wohl damit befassen müssen. Aber ich glaube nicht, dass man unter den heutigen Realitäten der USA eine vernünftige Logik finden kann, um seine Probleme mit der US-Staatsanwaltschaft für den Eastern District of New York zu lösen. Jeder, der mit der Korruption der Demokraten, der Demokratischen Partei, der Staatsanwaltschaft und dem FBI in Verbindung steht, redet blauäugigen Unsinn. Sie kennen das aus den Beispielen von Giuliani, Trump, allen Beratern von Trump, so ziemlich der gesamten Trump-Administration. Wie sich also herausstellt ... ist dies nicht die letzte [Strafverfolgung] für Ihre Arbeit. Hoffen wir, dass Sie sich dagegen wehren werden.

Ja, und wie ich schon sagte, habe ich selbst am eigenen Leib erfahren, wie die Justiz mit zweierlei Mass misst und wie sie jeden ins Visier nimmt, der die Korruption bei Biden aufdeckt. Sie widmen Ihr ganzes Leben dem Kampf gegen die Korruption in der Ukraine und dienen Ihrem Land seit den 90er Jahren, seit 1994, wie Sie sagten, und ich glaube, dass die Amerikaner, denen Sie vertrauen, Ihnen helfen würden und Ihre Informationen gut aufnehmen würden. Vor allem, wenn man bedenkt, dass Rudy Giuliani seine Ermittlungen durchgeführt hat. Fühlen Sie sich verraten? Ich meine auf einer persönlichen Ebene. Wie haben sich diese Sanktionen auf Sie persönlich ausgewirkt? Wie hat sich das auf Ihre Familie ausgewirkt? Ich hatte eine gewisse Naivität, dass in den modernen USA Gerechtigkeit erreicht werden könnte. Ich habe viele gute Freunde in der amerikanischen Juristengemeinschaft. Ich war selbst oft vor Gericht und habe gesehen, dass es den Richtern wichtig ist, was sie hören und was sie beurteilen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass das amerikanische Rechtssystem nicht für alle gerecht ist.

Die Demokratie ist nicht die Macht des Volkes, sondern die Macht der Demokratischen Partei. Wir sehen, wie die Mitarbeiter der Familie Biden in der Ukraine aus der Strafverfolgung genommen werden. Werden Poroschenko und Slotschewsky verhört? Hat sie jemand zum FBI und zur US-Staatsanwaltschaft eingeladen, um auszusagen? Die Dokumente sind überall, überall im Internet. Die Aufnahmen sind überall im Internet zu finden. Die Beweise sind überall im Internet zu finden. Was macht die Staatsanwaltschaft von New York?

Das fragen sich im Moment viele Menschen. Und wir fragen uns, warum wir mehr damit beschäftigt sind, die zu verfolgen, die diese Tatsachen aufdecken, als diesen Tatsachen und den Dokumenten nachzugehen. Aber woher stammen diese undichten Stellen und die Aufzeichnungen der Gespräche zwischen Poroschenko und Biden? Weil einige die Authentizität anzweifeln, weil, wie Sie wissen, sogar Hunters Laptop zur «russischen Propaganda» wurde. Alles wird mit demselben Mantra diskreditiert.

Niemand zweifelt an der Echtheit der Aufnahme. Außerdem wurde auf meinen Antrag hin ein Strafverfahren eingeleitet, gegen Poroschenko wurde ermittelt. Ich kann die Dokumente aus diesem Fall übergeben, die Zeugenaussagen. Alle Mitarbeiter von Poroschenkos Büro wurden befragt, einschliesslich seiner Wachen und Verbindungsbeamten. Sie alle bestätigten, dass Poroschenko immer zwei Diktiergeräte auf seinem Schreibtisch hatte. Die Aufnahmen wurden gemacht.

Die Wahrheit ist, dass Sie mit all diesen Dokumenten, wenn Sie heute die Möglichkeit hätten, vor dem Kongress auszusagen, die Macht hätten, den amtierenden ZS-Präsidenten zu stürzen. Und das ist wahrscheinlich der Grund, warum Ihr Leben in Gefahr ist. Haben Sie Angst um Ihr Leben? Ich komme jetzt zum Persönlichen, wenn Sie mir das erlauben, denn für mich klingt das unglaublich.

Ich weiss, was ich für mein Heimatland, für meine Wähler, für die Menschen, die mir vertrauen, zu tun habe. Und die Gefahr wegen meiner Tätigkeit wird weder grösser noch kleiner werden. Bei den Ermittlungen des Kongresses geht es mir nicht darum, Biden der Einflussnahme zu überführen. Für mich ist es wichtig, dass im Abschlussdokument des Kongresses steht, dass das meinen ukrainischen Landsleuten gestohlene Geld von Slzsochewsky aus der Ukraine gebracht, gewaschen und US-Vizepräsident Biden übergeben wurde. Das ist für mich sehr wichtig, es geht nicht um ein Amtsenthebungsverfahren gegen Biden. Straffreiheit führt zu Nachgiebigkeit.

Kehren wir zu Kulik zurück. Kulik ist der einzige Staatsanwalt in der Weltgeschichte, der anderthalb Milliarden Dollar in den Staatshaushalt zurückgeführt hat. Können Sie wenigstens ein Beispiel aus der Weltgeschichte nennen, bei dem ein Staatsanwalt anderthalb Milliarden Dollar in den Haushalt zurückgeführt hat? Und auch er wurde beschuldigt, ein Agent des Kremls zu sein. Und all diese Leute – Kent, Karen Greenaway, die FBI-Vertreterin, Christine Quinn, Marie Yovanovitch, die ehemalige Botschafterin – sie alle haben sich bei ihm eingemischt.

Es geht definitiv darum, Korruption aufzudecken und für die Gerechtigkeit und nicht gegen jemanden zu sein. Aber als Ergebnis all dessen stellen wir natürlich auch die Verwendung amerikanischer Steuergelder in Frage, und das ist es, was wirklich die Aufmerksamkeit auf diese Bestechung lenkt, diese Bänder, die Sie weitergegeben haben, und Sie haben deutlich gemacht, dass Biden eine Milliarde Dollar vor der Ukraine zurückhält, falls Schokin nicht entlassen wird. Das soll unsere Zuhörer nur daran erinnern, worüber wir hier sprechen.

Für mich ist es wichtig, Poroschenko in den Kongress einzuladen und die Frage zu stellen: Wofür wurde das Geld aus diesen zwei Milliarden Garantien ausgegeben? Dieses Geld wurde für seine Unternehmen ausgegeben, es wurde in Poroschenkos Unternehmen gewaschen. Ein Bündel von Kriminalfällen. Leninska Kuznya, Bogdan, Ukroboronprom, sein Partner Gladkovsky, der in Europa auf der Flucht ist.

Und nun zu den Tonbändern. Ist es schlimm, dass die Bürger der Ukraine gehört haben, wie Präsident Poroschenko Biden davon berichtete, dass er die Wohnnebenkosten für die Bevölkerung um 100 Prozent anstelle der von Biden geforderten 75 Prozent erhöht hat? Wir haben sofort eine interfraktionelle Vereinigung von Abgeordneten gegründet «Minus 25 Prozent der Wohnnebenkosten – Stoppt die Korruption!». Wir kämpften gegen die Korruption bei Naftogaz, wir kämpften gegen Bidens Lieblingsberater Amos Hochstein.

Zusammen mit Kobolew waren sie die Urheber der Idee des korrupten Gasrevers. Sie hatten einen weiteren Verbündeten – Favorow. Hochstein, Kobolew, Favorow. Wir haben in Dokumenten gezeigt, wie 500 Millionen pro Jahr an «Korruptionssteuern» von den ukrainischen Bürgern abgeführt werden. Ich nannte es eine «Steuer» – das ist ein tragischer Witz. Das ist, wenn eine Banditengruppe die Bevölkerung «besteuert». Auf jeden Bürger der Ukraine und auf jeden Kubikmeter Gas.

Zurück zu Naftogaz. Wo ist der Terrorismus und wo ist der ukrainische Geheimdienst? Doch im November schreibt der Leiter des ukrainischen Geheimdienstes Budanow einen Brief an das Gericht und bittet darum, Kobolew, gegen den ermittelt wird, aus der Ukraine zu lassen. Der Zweck ist die «Durchführung von Sonderaufträgen in Europa».

Was ist da noch nicht gesprengt worden? Welche anderen «Streams» sind dort noch nicht in die Luft gesprengt worden? Es ist klar, dass der ukrainische Geheimdienst im Fall von Nord Stream nur eine Tarnoperation für ein falsches Objekt durchgeführt hat. Es gab einen Artikel über Roman Tschervinsky, einen der Urheber dieser Operation, der jetzt in einem ukrainischen Gefängnis sitzt. Er wurde von seinen Auftraggebern in den USA und der Ukraine «belohnt». Offenbar weiss er eine Menge.

Ich bin schockiert über die Menge an öffentlichen Informationen, aber wie viel von dem, was Sie wissen und die Korruption zwischen der Ukraine und den USA aufdecken, ist noch nicht öffentlich bekannt. Haben Sie vor, neue Informationen zu veröffentlichen? Arbeiten Sie an neuen Enthüllungen?

Wir haben tatsächlich eine Menge Arbeit vor uns. Wir verfolgen eine Vielzahl von Fällen – Korruption, Kriegsverbrechen, Terrorismus. Wir prüfen das rechtliche Verfahren zur Verfolgung der Machtübernahme in der Ukraine. Einer der interessanten Fälle: Im November entschied der Oberste Gerichtshof der Ukraine über die Rechtswidrigkeit des Dekrets von Selensky zur Entlassung des Leiters des Verfassungsgerichts der Ukraine. Das scheint für das Leben eines normalen Bürgers keine Bedeutung zu haben. Tatsächlich ist es aber so: Als Selensky vor zwei Jahren das Verfassungsgericht per Dekret zur Absetzung einer Reihe von Richtern zwang, erlaubte er sich selbst, illegale Dekrete zu erlassen. Und alle diese Dekrete standen im Zusammenhang mit der Verletzung der verfassungsmässigen Rechte der Bürger. Die Zerstörung der freien Presse, rechtswidrige Entscheidungen des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates über Sanktionen – so viele verschiedene Aspekte.

Jetzt, nach zwei Jahren, hat der Oberste Gerichtshof seine Entscheidung verfasst, und diese Entscheidung ist endgültig. Sie ist ziemlich lang, kompliziert, in der er eine Bewertung in Form von zwei corpus delicti in den Aktionen des derzeitigen Präsidenten der Ukraine gab. Ich denke, Selensky wurde nicht einmal von der Entscheidung berichtet. Er ist nicht beunruhigt. Er reist durch Europa wie ein Zirkusbär und bettelt um Geld. Hier ist ein wichtiger Punkt: Zum ersten Mal in der Geschichte der Ukraine hat der Oberste Gerichtshof eine Entscheidung getroffen, in der zwei Straftatbestände gegen den Präsidenten der Ukraine und seine Komplizen festgelegt werden. Um es klar zu sagen: So Gott will, werden wir in einiger Zeit mit Ihnen sprechen, und Sie werden sehen, dass dies der erste Baustein in Selenskys Verurteilung als Kriegs- und Staatsverbrecher sein wird. Mir ist klar, dass es sich hierbei um komplexe juristische Begriffe handelt, die sich nicht so einfach in einfacher Sprache erklären lassen. Aber um es einfach auszudrücken: Indem sie das Verfassungsgericht besiegt haben, haben sie den Bürgern ihre Rechte genommen. Alles, einschliesslich des Rechts auf gerichtlichen Schutz, auf die Verteidigung des Lebens, all diese Geschichten mit sadistischen Appellen, all das ist eine Folge des Beginns der Niederlage des Justizsystems. Das Konzentrationslager, das Grossbritannien und die USA im Namen der «demokratischen Werte» in der Ukraine errichtet haben. Grossbritannien ist aus der EU geflohen, führt dieses Konzentrationslager aber in die EU. Als Modell für die Zukunft der gesamten EU?

Wir würden gerne darüber berichten. Aber wie würden Sie den Übergang von der Regierung Selensky, als er an die Macht kam, zum Selensky-Regime beschreiben? Im Moment ist es ein Regime, wenn ich es richtig verstanden habe.

Wir können es nicht als Regime, sondern als faschistische Diktatur bezeichnen, denn es vernichtet seine eigene Bevölkerung. Der Wandel vollzog sich, sie haben schnell von Poroschenko gelernt. Wenn Poroschenko nur gestohlen und das Land unter Fremdherrschaft verkauft hat, dann sind das all diese Verbrecher, Produzenten und Veteranen, die keine Hemmungen bei den Menschenrechten haben. Wer ist Danilow, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates? Ein ehemaliger Krimineller, Mitglied einer Gruppe des organisierten Verbrechens, mit einer Ausbildung als Tierarzt.

Wer ist Jermak? Der Chef der Stände und des Handels in Kiew. Poroschenko hatte wenigstens eine gute Ausbildung und er war zumindest um sein Image besorgt. Aber diese Leute machen sich überhaupt keine Sorgen, warum sollten sie sich Sorgen machen? Sie leben nur in dem Tag. Und, wie Simon Shuster sagte, sie stehlen, als gäbe es kein Morgen.

Sie kennen Selensky persönlich, Sie haben mit ihm zusammengearbeitet. Konnten Sie diese Entwicklung vorhersehen? Was war Ihr erster Eindruck von ihm?

Ich kenne viele Politiker in der Ukraine. Ich habe nie persönlich mit Selensky zusammengearbeitet. Die Sache ist die, dass meine Beziehungen immer professionell sind, ich habe immer die Aufgaben, die ich mir als Staatsmann, als Volksvertreter, als jemand, der einfach sein Heimatland liebt, gestellt. Wenn sie mit den Interessen von Menschen übereinstimmen, arbeiten sie mit mir, wenn sie nicht übereinstimmen, arbeiten wir nicht zusammen. Das Gleiche ist mit Rudy Giuliani passiert. Wenn ich sehe, dass die Werte einer Person traditionell und christlich sind, dass sie ein aufrichtiger Patriot ihres Landes ist, dann ist das für mich immer klar.

Ihr Name kursiert immer häufiger in den Nachrichten, aber die Menschen wissen wenig über Sie, sie bringen Sie nur mit der KGB-Akademie und Sanktionen in Verbindung. In Wirklichkeit haben Sie während Ihrer politischen Laufbahn in der Ukraine der Gesellschaft einen grossen Dienst erwiesen. Könnten Sie unseren Zuhörern ein wenig mehr über sich erzählen? Wo sind Sie aufgewachsen? Was hat Sie in die Politik gebracht und wie kam es zu diesem Aufruf zur Korruptionsbekämpfung?

Sie haben bereits so viel über meine Biografie geschrieben und meine Aktivitäten so gründlich studiert, dass es so viele Artikel zu diesem Thema gibt, dass ich kaum noch etwas hinzuzufügen habe. Sie kennen meine Herangehensweise, man erkennt alles immer am Endergebnis. Ich kann die Ergebnisse meiner Tätigkeit als Volksabgeordneter, als Staatsmann, als Baumeister in meinem Wahlkreis, als einer der Gründer des Kontrolldienstes des Präsidenten der Ukraine, als einer der Führer im Kabinett von Pustowitenko in der verantwortungsvollsten und krisenhaftesten Periode des Lebens der Ukraine vorweisen. Ich schäme mich nicht für die Entscheidungen, die wir getroffen haben, als ich eine Gruppe von Beratern von Nikolaj Asarow leitete. Wenn ich durch mein Land reise, kann ich zeigen, was genau getan wurde. Sie können alles mit Ihren Händen anfassen. Das sind keine Mythen oder der Film «Diener des Volkes».

Übrigens wird mir in der Strafsache unter anderem vorgeworfen, eine negative Haltung gegenüber der Regierung zu haben. 75 Prozent der ukrainischen Bürger haben gegen Poroschenko und für Selensky gestimmt. Lassen Sie uns 75 Prozent der Bevölkerung wegen negativer Haltung gegenüber der Regierung anklagen.

Was meine persönliche Wahrnehmung angeht, so war mir die Meinung der einfachen Leute immer sehr wichtig. Ich habe immer danach gestrebt, zu meiner Wählerschaft zu kommen, zu den ernsthaften Erwachsenen, die das Land aufgebaut haben. Sie sind weiser als alle politischen Technologen und Politiker. Sie sind in der Lage, alles in vier Worten zusammenzufassen und es in einer sehr qualitativen Art und Weise zu präsentieren, in Form von Bedeutungen und Ideen. Und das gibt mir Kraft für meine Arbeit. Auch wenn es schwierig ist, macht man weiter. Ich erinnere mich, als ich ein sehr junger Abgeordneter war, gab es eine Menge Verleumdungen zu einem der Themen. Ich fuhr mit dem Auto und dachte: Wie kann ich das den Leuten erklären, denn das sind alles Lügen. Und es gab eine grosse Versammlung mit vielen Leuten. Ich ging hinein und sie erklärten mir alles auf einmal, von sich aus. Ich war überrascht von der Präzision ihrer Formulierungen. Sie sagten: Du bekämpfst die Korruption, du verfolgst ständig jemanden wegen Diebstahls, du setzt dich regelmässig für brüderliche Beziehungen zwischen der Ukraine, Russland und Weissrussland ein – dafür wirst du jetzt verprügelt. Keine Sorge, wir alle wissen, dass das alles Lügen sind.

Ich habe bereits gesagt, dass mein Wahlkreis eine 209 Kilometer lange Grenze zu Russland hat. Manchmal sind die Dörfer in zwei Teile geteilt. Es gibt Familien hier und Familien dort. Wir sind wirklich ein Volk. Deshalb ist es für mich wirklich sehr kritisch, was heute mit der ukrainisch-orthodoxen Kirche geschieht, mit der Verfolgung von Priestern und Gemeindemitgliedern.

Die Menschen werden ihrer Freiheit beraubt, auch der Religionsfreiheit. Was kann man Ihrer Meinung nach als Politiker und Patriot jetzt tun, um die Ukraine zu retten, und welche Zukunft sehen Sie heute für Ihr Land? Wir haben darüber im Jahr 2021 gesprochen, die Situation ist heute ganz anders. Was kann Ihrer Meinung nach getan werden? Was würden Sie tun?

Wir beobachten seit 2016 und bis heute die Menschenrechtslage, auch in Bezug auf Verbrechen und Verstösse gegen die orthodoxe Kirche der Ukraine. Wir bringen das in die Weltgemeinschaft, zu den Vertretern der G-20. Wir sammeln Dokumente für künftige Gerichtsverfahren, um die führenden Politiker der Ukraine vor Gericht zu bringen. Und ich bin sicher, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden. Tatsächlich hat Selensky in diesem Monat erkannt, dass es für ihn nicht bergauf, sondern bergab geht. Selensky ist der Avatar einer Gruppe von Gefährten, die von Jermak angeführt wird. Ich hoffe, dass auch für Biden der Weg bereits bergab geht.

Die Zukunft der Ukraine ist nur möglich, wenn neue Sicherheitskonturen geschaffen werden. Wenn sich alle Teilnehmer der Geopolitik einigen. Das ist eine langwierige Antwort, aber ohne diese neue Sicherheitsarchitektur ist in der Tat nichts zu machen. Jede Zwischenlösung wird immer wieder zu einer neuen Eskalation führen. Ist das mit einer Regierung Biden und Blinken zu schaffen? Das ist unmöglich, denn Biden ist von der Ukraine abhängig, sie ist für ihn wie ein Gold-Esel. Dank seiner Gier, seiner Korruption, seiner Verbindungen und jetzt auch noch der Probleme des Krieges.

Wie viel von der Finanzierung dieses Krieges, denn ich nenne es Finanzierung des Krieges, hat mit den Informationen zu tun, die die Ukraine über Biden besitzt?

In diesem Ring des organisierten Verbrechens benutzen sie sich alle gegenseitig. Sie alle täuschen sich gegenseitig, benutzen sich gegenseitig, erpressen sich gegenseitig. Aber am wichtigsten ist, dass sie alle Angst vor der Rechenschaftspflicht haben. Und während man darüber spricht, wer der Kriminelle ist, ist es für die USA klar, dass Biden der Kriminelle ist. Laut Umfragen sind fast 70 Prozent der Meinung, dass er der Kriminelle ist.

Simona Mangiante wies darauf hin, dass das Material, das die Journalisten von Andrej Derkaczsch erhalten haben, nur ein Teil einer grossen Anzahl von Dokumenten ist, die er im Rahmen der laufenden Ermittlungen gegen internationale Korruption gesammelt hat. Laut Andrej Derkaczsch wird er seine Ermittlungsarbeit fortsetzen und bald eine neue Reihe von Materialien vorlegen.

Ende der Übersetzung

Petition für das Verbot der Grünen Partei

Bei Change.org ist eine Petition online, die ein Verbot der Grünen fordert.

Hier fasse ich die dafür genannten Gründe zusammen.

von Anti-Spiegel — Thomas Röper, 21. Januar 2024 15:26 Uhr

Derzeit trommeln Medien und Politik für ein mögliches Verbot der AfD. Gegen Björn Höcke, einen der führenden Köpfe der Partei, wurde eine Petition mit dem Titel «Grundrechtsverwirkung nach § 18» gestartet, die ihm das Grundrecht auf Wählbarkeit entziehen soll, weil er ansonsten möglicherweise demnächst Ministerpräsident eines Bundeslandes werden könnte.

Bei Change.org gibt es aber auch eine Petition für ein Verbot der Grünen Partei, die den Titel «VERBOT der PARTEI GRÜNE Bündnis 90!» trägt. Berichtet hatte darüber zuerst die Berliner Zeitung.



Der Initiator der Petition begründet seine Petition unter anderem mit den steigenden Preisen für Diesel, Benzin, Erdgas und Heizöl und der Anhebung der «CO₂-Steuer», mit der Politik, die die Lebenshaltungskosten «durch grüne Ideologien sehr stark erhöht» und «die Kernindustrien» in Deutschland bedroht. Deswegen verlagern Firmen «massiv Produktionskapazitäten ins Ausland und schliessen ihre deutschen Standorte». Zudem toleriere «die Partei Bündnis 90/GRÜNE den Asylmissbrauch und fördert eine «Woke- Gegenderte» Un-Kultur». Und nicht zuletzt spricht sich der Initiator der Petition gegen Waffenlieferungen aus, die unter dieser Bundesregierung ein ganz neues Ausmass angenommen haben, obwohl die Grünen im Wahlkampf versprochen haben, keine Waffenexporte in Krisengebiete zu genehmigen. Die Petition endet mit den Worten:

«Wir glauben an eine freie Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Meinung äussern kann ohne Angst vor Repressalien zu haben. Doch wir können nicht zulassen, dass eine einzelne Partei unsere Freiheiten einschränkt und unseren Wohlstand gefährdet.»

Die Petition wurde am 21. Oktober eingereicht, blieb aber weitgehend unbemerkt. Die Berliner Zeitung schrieb am Samstag, die Petition habe mehr als 16'700 Unterzeichner, jetzt, einen Tag später, nachdem die Berliner Zeitung darüber berichtet hat und auch andere Medien die Meldung aufgegriffen haben, hat die Petition bereits 78'000 Unterstützer.

«Das ist ein klassischer Kolonialvertrag»

Februar 2024, Daniel Rickenbacher

In einem Interview mit den Schaffhauser Nachrichten hat alt Bundesrat Christoph Blocher umfassende Kritik an den Verhandlungen der Schweiz mit der EU geübt. Das Interview hat hohe Aufmerksamkeit ver-

dient, denn es zeigt gnadenlos die Gefahr auf, die die neue «Paketlösung» für die Schweizer Demokratie und Selbstständigkeit darstellt (Schaffhauser Nachrichten vom 6. Dezember 2023).



Christoph Blocher warnt vor dem Verlust der schweizerischen Demokratie. (Bild: Linda Kastrati)

Es ist eigentlich altbekannt. Wer in Verhandlungen eintritt, muss zuerst seine Ziele und roten Linien definieren. Man sollte annehmen, dass dies auch beim erneuten Anlauf der Gespräche der Schweiz mit der EU der Fall ist. Doch ausgerechnet hier scheint diese Vorbereitung nicht stattgefunden zu haben, was nicht nur Christoph Blocher irritiert: Bereits vorgängig hat man in entscheidenden Fragen, wie der Übernahme von EU-Recht, Eingeständnisse gemacht.

Gefährdete Souveränität

Für Blocher stellt das neue Abkommen daher die Souveränität der Schweiz in Frage und bedeutet die Preisgabe der direkten Demokratie: «Die EU will für die Schweiz die Gesetze bestimmen, und die Stimmbürger sollen nicht mehr das Sagen haben, wenn die Schweiz das künftige EU-Recht übernehmen muss.» Nach Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen im Mai 2021 habe es die Schweiz verpasst, Brüssel unmissverständlich klar zu machen, dass die schweizerische Demokratie nicht zur Disposition steht. Wie Christoph Blocher am Ende des Interviews erklärt, sieht er im EDA letztlich den falschen Verhandlungsführer mit der EU: «Aber er (Ignazio Cassis) führt ein Departement, das geistig in Brüssel und nicht mehr in der Schweiz ist.» Besser geeignet wären dagegen die SVP-Bundesräte Guy Parmelin oder Albert Rösti, die für die Schweizer Selbstständigkeit eintreten.

Das Volk wird getäuscht

Christoph Blocher wirft dem Bundesrat die Bereitschaft vor, die schweizerische Demokratie für eine «politische Anbindung an die EU zu opfern». Mittels Salamtaktik soll der Vertrag beim Volk durchgeschmuggelt werden: «Denn es wird nicht mehr einen einzigen Rahmenvertrag geben, sondern eine Serie von Verträgen ... Darauf muss sich die SVP vorbereiten.»

Bilaterale Regelungen statt Kolonialvertrag

Christoph Blocher analysiert weiter, dass die EU in vielen Bereichen auf den guten Willen der Schweiz angewiesen ist. Ohne die Schweiz funktioniere z. B. der europäische Strommarkt nicht. Diese Bereiche könne man bilateral regeln und es brauche dafür keine institutionelle Anbindung, die grundsätzlich abzulehnen ist. Die Schweiz begibt sich also ohne Not in ein Untertanenverhältnis: «Und wenn wir uns verpflichten, dass in Zukunft die EU die Gesetze für die Schweiz erlässt und der Europäische Gerichtshof endgültig entscheidet, ist die Souveränität preisgegeben. Das ist ein klassischer Kolonialvertrag.» Mit dem Abkommen würde die Schweiz zur Scheindemokratie verkommen. Theoretisch dürfe man zwar noch über EU-Recht abstimmen, doch bei einem Nein drohten EU-Sanktionen.

Ein Stachel im Fleisch der EU

Doch was ist das Kalkül von Brüssel? Christoph Blocher argumentiert, dass Brüssel weiterhin den Beitritt der Schweiz «durch die Hintertür» erreichen will. Dafür gibt es finanzielle und politische Gründe: «Und die Schweiz wäre in der EU hochwillkommen, als gesunder Staat, der zahlen kann. Das zweite Interesse ist: In Brüssel sieht man es nicht gerne, dass es im Herzen Europas ein von Natur aus armes Land wie die Schweiz gibt, das Erfolg hat, gerade weil es selbstständig ist.»

Rückkehr zu Kontingenten

Zum Stopp der Bevölkerungsexplosion in der Schweiz sammelt die SVP zurzeit für die Nachhaltigkeits-Initiative Unterschriften. Auch Christoph Blocher betont, die Personenfreizügigkeit führe zu «unhaltbaren Zuständen». Dies sei der EU zu erklären. Als Alternative zur Personenfreizügigkeit plädiert Blocher für eine erneute Kontrolle der Zuwanderung – wie sie bereits in der Bundesverfassung steht – und für die Rückkehr

zum Kontingentsystem: «Dieses Kontingentsystem funktionierte. Weil man nichts tut, ist die Zuwanderung gepaart mit den Asylmissbräuchen kaum zu bewältigen.»

Selbstständigkeit und demokratische Traditionen

Christoph Blocher ist überzeugt, dass die Schweiz weiterhin die Kraft für die Selbstständigkeit hat: «Die Schweiz ist politisch unabhängig und weltoffen, sie verkehrt mit allen Staaten.» Für die Classe politique und die Verwaltung sei die schweizerische Demokratie aber mühsam, den sie legt ihrem Treiben Schranken auf. Darum würden sie den Weg nach Brüssel suchen: «Es ist für ihre Macht und finanziell verlockend.»

Gute Beziehungen mit der Welt

Statt weiterhin wie die Classe politique einseitig auf die EU zu fokussieren, müsse man den Blick weiten: «Es spricht nichts dagegen, mit allen wichtigen Ländern – neben der EU auch mit USA, Südkorea und süd-amerikanischen Staaten – Handelsbeziehungen zu unterhalten, wobei die Schweizer Landwirtschaft nicht geopfert werden darf. Sie erfüllt wichtige Aufgaben, wie die Landschaftspflege und eine minimale eigene Lebensmittelversorgung. Deshalb kann sie nicht dem freien Weltmarkt ausgesetzt werden. Sie würde verschwinden.»

Quelle: https://www.blocher.ch/wp-content/uploads/2024_05_Bote_02_Eid_PolitikP-2.pdf

Einem vergangenem Holocaust gedenken und den gegenwärtigen bejubeln

uncut-news.ch, Januar 30, 2024, U.S. Institute of Peace (CC BY 2.0)



Caitlin Johnstone

Es ist so unwirklich zu beobachten, wie die Führer des Imperiums am Holocaust-Gedenktag feierliche Worte sprechen, während sie gleichzeitig begeistert einen modernen Völkermord in Gaza unterstützen.

Die USA und acht ihrer Verbündeten haben die Finanzierung des UNRWA, der wichtigsten humanitären Organisation im Gazastreifen, eingestellt, nachdem Israel behauptet hatte, dass ein Dutzend der 30'000 Mitarbeiter der Organisation in den Angriff der Hamas am 7. Oktober verwickelt gewesen seien. Die Anschuldigungen kamen praktisch zeitgleich mit dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs gegen Israel in der von Südafrika angestregten Völkermordklage auf und verdrängten das IGH-Urteil schnell aus den Schlagzeilen der westlichen Massenmedien. Die USA lehnten die südafrikanische Klage weiterhin als unbegründet ab.

Ein hochrangiger israelischer Beamter sagte gegenüber Axios, dass der israelische Geheimdienst die Informationen über die UNRWA-Mitarbeiter hauptsächlich durch «Verhöre von Militanten, die während des Angriffs am 7. Oktober verhaftet wurden», erhalten habe. Israel hat eine lange Geschichte der Anwendung von Folter bei Verhören, und es gibt keinen Grund zu glauben, dass sie nicht auch bei gefangenen Hamas-Kämpfern in den vergangenen Monaten angewandt wurde.

Um es noch einmal zusammenzufassen.

Anklagen wegen Völkermord, die vom Internationalen Gerichtshof als glaubwürdig eingestuft wurden: Lächerliche Lügen. Sie sind es nicht wert, wegen eines einzigen Massakers angeklagt zu werden.

Unbewiesene Behauptungen über UNRWA-Mitarbeiter, die durch Folter erpresst wurden: Die Wahrheit des Evangeliums. Es lohnt sich, die humanitäre Hilfe für Gaza zu stoppen.



Wie kann JEDE unbewiesene Behauptung der israelischen Regierung von JEDEM mehr ernst genommen werden? Es sollte eine Grenze geben, wie viele Lügen man verbreiten kann, bevor die gesamte politische und mediale Klasse einen auslacht, wenn man etwas behauptet.



Es ist so unwirklich zu beobachten, wie die Manager des Imperiums feierliche Worte zu Ehren des Holocaust-Gedenktages verkünden, während sie mit Begeisterung einen modernen Völkermord in Gaza unterstützen.

Heute trauern wir um die mehr als sechs Millionen Juden und Angehörige anderer Gruppen, die während des Holocaust von den Nazis und ihren Kollaborateuren ermordet und verfolgt wurden. Wir müssen die Lehren aus dem Holocaust anwenden, um alle Formen der Intoleranz zu bekämpfen und eine Welt aufzubauen, in der Hass keinen Platz hat.



Das Gedenken an den Holocaust und der gleichzeitige Applaus für den heutigen Holocaust ist eine Dystopie der nächsten Stufe.



Die IDF hat einen Palästinenser, der eine weisse Fahne trug, in einer ausgewiesenen «Sicherheitszone» vor den Augen eines ITV-Nachrichtenteams erschossen und damit weltweit Schlagzeilen gemacht.

Es ist unbestreitbar, dass die IDF routinemässig Palästinenser tötet, die weisse Fahnen schwenken, seit sie im vergangenen Monat drei entkommene israelische Geiseln tötete, die eine weisse Fahne schwenkten, weil sie sie fälschlicherweise für Palästinenser hielt. Es war das erste Mal, dass die westliche Presse dies filmte.



Ein Jahr, in dem ein demokratischer Präsident Wahlkampf macht und gleichzeitig ein aktiver Völkermord stattfindet, der vom selben Präsidenten unterstützt wird, zeigt das wahre Gesicht der Demokratischen Partei deutlicher als alles andere, an das ich mich erinnern kann.

Biden bereitet sich darauf vor, Israel 50 Kindermord-Jets und 12 Kindermord-Hubschrauber zu schicken, aber nein, wir dürfen uns nicht zu sehr darauf konzentrieren, denn es ist ein Wahljahr und Trump ist ein böser Mensch.



Ich verstehe die Logik, das kleinere Übel zu wählen. Ich verstehe nur nicht die Logik, einen Präsidenten, der einen buchstäblichen Völkermord unterstützt und sich auf nukleares «Provokation» einlässt, als «kleineres Übel» zu bezeichnen.



Ein politisches Establishment, das einem sagt, man müsse zwischen zwei Präsidentschaftskandidaten wählen, die beide Israel helfen wollen, Tausende Kinder zu ermorden, ist ein politisches Establishment, das es nicht geben darf.



Israel wurde seit dem 7. Oktober bei einer Lüge nach der anderen ertappt, und dennoch sollen wir glauben, dass es verrückter antisemitischer Holocaustleugnung gleichkommt, wenn wir glauben, dass es auch über einige Dinge, die am 7. Oktober passiert sind, gelogen haben könnte.



Junge Menschen protestierten 2020 gegen Rassismus und Ungerechtigkeit und verbrachten 2022 damit, sich sagen zu lassen, dass es schlecht ist, wenn eine Besatzungsmacht Bomben auf Menschen wirft, aber als Israel 2023 eine rassistische und ungerechte Bombenkampagne startete, waren die älteren Generationen immer noch irgendwie überrascht, dass junge Menschen sich dagegen wehrten.



«Israel zu verteidigen bedeutet, das US-Imperium zu verteidigen, denn die militärische Macht des US-Imperiums macht die Existenz Israels erst möglich. Man kann die beiden nicht voneinander trennen. Israels Befürworter geben vor, ein tapferes kleines Land im Nahen Osten und eine verfolgte religiöse Minderheit zu verteidigen, während sie in Wirklichkeit das mächtigste Imperium verteidigen, das jemals existiert hat, und die mörderischste und tyrannischste Machtstruktur des 21. Jahrhunderts.»

QUELLE: COMMEMORATING A PAST HOLOCAUST WHILE CHEERLEADING THE CURRENT ONE

Quelle: <https://uncutnews.ch/einem-vergangenen-holocaust-gedenken-und-den-gegenwaertigen-bejubeln/>

Die Tötung von Kriegsgefangenen durch das Kiewer Regime ist für diesen von der NATO unterstützten Gangsterstaat normal

uncut-news.ch, Januar 30, 2024



Für die Ukraine und ihre NATO-Sponsoren ist das Leben billig, sodass Freiheit und Sieg nicht infrage kommen.

Das Kiewer Regime hat mit seinen Kriegsgeschäften und seiner Prostitution für die USA und den Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland Millionen von ukrainischen Leben zerstört. Für die korrupte Kabale in Kiew ist kein Verbrechen und kein Verrat zu gering.

Wir sollten nicht überrascht sein, dass ihre Streitkräfte ein russisches Transportflugzeug mit 65 ukrainischen Kriegsgefangenen an Bord abgeschossen haben. Solche barbarischen Verbrechen sind für dieses Nazi-Regime an der Tagesordnung.

Am Mittwochmorgen um 11.15 Uhr Ortszeit wurde ein Militärtransportflugzeug vom Typ Iljuschin IL-76 über der russischen Region Belgorod an der Grenze zur Ukraine abgeschossen. Alle 74 Menschen an Bord wurden ausgelöscht. Darunter befanden sich 65 ukrainische Kriegsgefangene und neun russische Militärangehörige. Die Gefangenen befanden sich auf dem Weg in die Stadt Belgorod im Rahmen eines Kriegsgefangenen austauschs, der später an diesem Tag stattfinden sollte. Ein zweites Flugzeug, das mit 80 Kriegsgefangenen an Bord folgte, wendete Berichten zufolge mitten in der Luft, nachdem das Unglück gemeldet worden war.

Offensichtlich waren die Flüge Teil einer gut organisierten Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland. In den letzten Monaten wurden bereits Dutzende solcher Austauschflüge durchgeführt. Das Protokoll wird von beiden Seiten gut verstanden und koordiniert, auch wenn es auf eine unauffällige Weise durchgeführt wird. Dies deutet auf ein ruchloses Abweichen der ukrainischen Seite hin.

Russische Radare haben den Abschuss von zwei Boden-Luft-Raketen entdeckt, die auf die verunglückte IL-76 gerichtet waren. Die Raketen wurden offenbar aus dem Dorf Liptsy in der ukrainischen Region Charkow abgefeuert. Die Entfernung des Einschlags betrug 100 Kilometer. Das beweist, dass die einzigen fähigen Waffen wahrscheinlich die von den USA gelieferte Patriot oder die deutsche Iris-T-Rakete waren, wie russische Parlamentarier bereits festgestellt haben.

In einem Bericht der französischen Staatsmedien wurde ebenfalls behauptet, der Abschuss sei durch einen Patriot-Sprengkopf erfolgt.

Es ist also so gut wie sicher, dass das Kiewer Regime dieses Verbrechen verübt hat. Es scheint es vorsätzlich und mit der Absicht begangen zu haben, seine eigenen Kriegsgefangenen zu töten.

Das von der NATO unterstützte ukrainische Regime hat jedoch, wie schon bei früheren Gelegenheiten, versucht, den Vorfall zu vertuschen. Dabei wurde es von den westlichen Medien unterstützt, die die russischen Berichte über den Angriff schnell in Zweifel zogen. Die BBC unterstellte Russland sogar Desinformation, behauptete, Moskau habe eine «lange Geschichte dreister Lügen» und behauptete sogar, es sei ungewiss, ob sich Kriegsgefangene an Bord des Flugzeugs befunden hätten.

Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen lehnte der französische kommissarische Vorsitzende des Gremiums die Forderungen Russlands nach einer Dringlichkeitssitzung ab und verschob eine Sitzung um mehr als 24 Stunden.

Dies war offensichtlich ein Versuch, dem Kiewer Regime und seinen NATO-Handlangern eine Atempause zu verschaffen, um eine plausible Geschichte für einen solch barbarischen Akt auszuhecken.

Zunächst versuchte die ukrainische Seite zu behaupten, die IL-76 sei angegriffen worden, weil sie angeblich Munition nach Belgorod transportiert habe und daher ein legitimes Ziel sei. Diese Version wurde jedoch schnell verworfen, als klar wurde, dass das russische Militär die ukrainische Seite vollständig darüber informiert hatte, dass der Frachtflug an einem vereinbarten Kriegsgefangenen austausch teilnahm.

Am Mittwochabend versuchte der ukrainische Präsident Wladimir Selensky verzweifelt, Russland dafür zu beschuldigen, «mit dem Leben der Ukrainer zu spielen», obwohl es ekelerregend klar war, dass es sein Regime war, das diese abscheuliche Tat beging.

Es ist nicht klar, was die obszöne Begründung für diese Gräueltat ist. War es ein Versuch, Russland durch eine Provokation unter falscher Flagge als Täter zu diffamieren? Das scheint unwahrscheinlich, denn selbst die Schwachköpfe in Kiew wüssten, dass die Russen leicht feststellen und nachweisen könnten, von wo die Raketen abgefeuert wurden.

Eines ist auf jeden Fall klar. Das korrupte Regime in Kiew schert sich überhaupt nicht um das Leben seiner Bürger. Es ist nicht möglich, die Zahl der Gräueltaten aufzuzählen, die diese bössartige Junta verübt hat, um die Kriegsgeschäfte für ihre NATO-Herren zu verlängern.

Erst letzte Woche hat der ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba seine Landsleute ganz offen als Kanonenfutter für die NATO prostituiert. Während seiner Teilnahme am Gipfeltreffen der westlichen Elite in Davos (Schweiz) sagte Kuleba, es sei ein gutes Geschäft für die NATO, weiterhin Waffen in sein Land zu schicken, während die Ukrainer alle Kämpfe – und das Sterben – übernehmen.

Selensky reist routinemässig durch die Welt und bittet um weitere Milliarden an Militärhilfe, die von ihm, seiner shopaholischen Frau und ihren Kumpanen abgeschöpft werden. Sein Regime versucht, weitere 500'000 Ukrainer für die Armee zu rekrutieren. Damit wird implizit bestätigt, dass in dem von der NATO im Februar 2022 angezettelten Stellvertreterkrieg gegen Russland bereits 500'000 Menschen getötet worden sind.

Das nazistische Regime hat zahllose Gräueltaten an seinen eigenen Bürgern verübt, um westliche Waffenlieferungen anzulocken und das Kriegstreiben zu verlängern.

Das Massaker in Bucha im April 2022 wurde Russland angelastet, obwohl sich die russischen Streitkräfte einige Tage zuvor aus der Stadt zurückgezogen hatten und Hunderte frisch hingerichteter Leichen auf den Strassen gefunden wurden. Im selben Monat folgte ein Raketenangriff auf einen Bahnhof in Kramatorsk, bei dem über 50 Menschen getötet wurden. Die Spurensicherung der Raketen ergab, dass sie aus ukrainischen Beständen stammten.

Es gab noch viele weitere Falschmeldungen, wie z. B. die unerbittlichen Angriffe auf das Kernkraftwerk Saporoschje, die Sprengung des Kachowka-Staudamms und die tödlichen Luftangriffe auf Städte wie Konstantinowka und Hroza.

Das Regime ist verzweifelt bemüht, diesen Krieg im Namen seiner imperialen Herren fortzusetzen. Das klägliche Scheitern der viel gepriesenen Gegenoffensive im letzten Jahr, bei der allein über 120'000 ukrainische Soldaten in «Fleischwolf»-Schlachten gegen die überlegene russische Feuerkraft vernichtet wurden, hat den Kiewer Marionetten nicht die geringste Pause für Friedensverhandlungen verschafft.

Viele ukrainische Kriegsgefangene haben ihre Erleichterung darüber geäussert, dass sie lebend gefangen genommen und von den monströsen «Selbstmordmissionen» befreit wurden, auf die sie von ihren herzlosen Vorgesetzten geschickt wurden. In der Zwischenzeit kauern ukrainische Bürger in der Angst, von Selenskys Schlägertruppen von der Strasse geholt und an die Front geschickt zu werden, wo sie dem sicheren Tod ins Auge blicken.

Der von den USA geführte Stellvertreterkrieg in der Ukraine ist unwiderruflich verloren. Es ist eine katastrophale Niederlage für die NATO und ihre Nazi-Klienten. Aber das korrupte Kiewer Regime will weiter Bestechungsgelder verteilen. Sie sind Kriegsjunkies.

Die Gefangenenaustausche, an denen sich Russland beteiligt hat, haben dazu geführt, dass Tausende von Kriegsgefangenen zu ihren Familien nach Hause gebracht wurden. Der dadurch gewonnene gute Wille ist unschätzbar, aber zweifellos spürbar.

Es untergräbt zweifellos auch Selensky und den Stellvertreterkrieg der NATO, wenn Scharen von Gefangenen nach Hause zurückkehren und ihren Familien und Gemeinden erzählen, wie schäbig und herzlos das Gangsterregime ist.

Es wäre nicht abwegig, wenn dieses Regime seine Kriegsgefangenen lieber vernichtet sehen würde. Tote reden schliesslich nicht. Das Regime hat keine Skrupel gezeigt, das Leben von Millionen von Ukrainern zu vergeuden und das Land in eine Kloake unter ausländischer Herrschaft zu verwandeln. Was sind schon eine Flugzeugladung verbrauchter Kriegsgefangener und ein paar Russen?

Das ist der Grund, warum die Ukraine und ihre NATO-Sponsoren zur Niederlage verdammt sind. Für sie ist das Leben billig, daher sind Freiheit und Sieg für sie nicht erstrebenswert.

QUELLE: KIEV REGIME KILLING ITS POWS IS NORMAL FOR THIS NATO-BACKED GANGSTER STATE
ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-toetung-von-kriegsgefangenen-durch-das-kiewer-regime-ist-fuer-diesen-von-der-nato-unterstuetzten-gangsterstaat-normal/>

Deutschland im Stechschritt – das Gespött der Welt

Von Declan Hayes. 29 Jan. 2024 07:20 Uhr

Die Probleme in Deutschland sind dieselben Probleme, wie sie die Niederlande, Kanada und unzählige andere Länder auch haben, die zu Vasallen der USA geworden sind. Es ist an der Zeit, dass ganz Europa damit anfängt, ein helleres und zivilisierteres Kapitel zu schreiben.

Gott sei Dank muss der grosse Fussballer Franz Beckenbauer nicht mehr miterleben, wie tief sein Heimatland Deutschland sowohl im Fussball als auch in allem anderen abgestürzt ist. Anhänger der schönsten Nebensache der Welt werden sich daran erinnern, wie Beckenbauer im WM-Finale 1966 den Engländer Bobby Charlton zwei Stunden lang decken musste, der damals als der grösste Spieler der Welt galt. England gewann das Finale kontrovers und Beckenbauer nahm die Niederlage Deutschlands ehrenvoll hin.

Beckenbauer war noch ein achttjähriger Bub, als Deutschland 1954 zum ersten Mal die Weltmeisterschaft gewann, war jedoch auf dem Weg ins Finale mit dem schlimmsten Rassismus seitens der britischen Gosenpresse konfrontiert. Doch während die deutsche Mannschaft 1954 den Favoriten, die grosse und viel gepriesene ungarische Mannschaft, im finalen Spiel besiegte, legten andere Deutsche zu Hause den Grundstein für die Wiederauferstehung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.

Dazu gehörten Dinge wie die Lenkung der nationalen Leidenschaft auf relativ harmlose Beschäftigungen wie Fussball und die Aufrechterhaltung niedriger Zinsen und Inflation, da der Missmut über die Hyperinflation in der Weimarer Republik jene Brücke war, über die Hitler und seine Komplizen an die Macht marschierten. Im Land entstand ein Konsens darüber, dass Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Verbrauchern und Produzenten, Land- und Stadtbewohnern durch Verhandlungen, Verhandlungen und noch mal Verhandlungen gelöst werden und nicht durch jene Art von gewalttätigem Feuerwerk, das man in solchen Fällen oft in Frankreich beobachten kann.

Sowohl Frankreich als auch Deutschland musste im Zweiten Weltkrieg eine Niederlage hinnehmen und – insbesondere im Fall Deutschlands – das Zuckerbrot eines Marshallplans sowie die Peitsche US-amerikanischer Militärbesatzung, die bis heute anhält. Im Vergleich dazu, sich in Stalingrad die Eier abzufrieren oder in einem U-Boot versenkt zu werden, war das kein schlechter Handel, und Deutschland hat das Beste daraus gemacht. Ebenso wie mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die es mit Frankreich und einigen anderen europäischen Staaten, darunter die Niederlande und Luxemburg, gegründet hat, wo im Zweiten Weltkrieg die Zahlen der Kriegsoffer in der Relation am höchsten waren. Die grundlegende Arbeitsteilung der Manager in der EWG bestand darin, dass Frankreich, mit Leuten wie De Gaulle an der Spitze, die politische Stimme und Deutschland der Wirtschaftsmotor war. All das funktionierte gut, bis die USA beide Staaten als Bollwerke gegen die Sowjetunion und ihre Rote Armee benötigte.

Deutschland sollte besser den Mund halten

Schneller Vorlauf in die Gegenwart, wo Deutschland zu einer einzigen grossen Farce geworden ist. Nehmen wir zunächst die Ankündigung Deutschlands, als dritter Staat, vor dem Internationalen Gerichtshof zu intervenieren, um Israel gegen Südafrikas knallharte Anklage zu verteidigen, dass Israel in Gaza Völkermord begehe. Angesichts bestimmter Ereignisse, in die Deutsche zwischen 1939 und 1945 verwickelt waren, geht Deutschlands unbeholfenes Eingreifen in den Fall davon aus, dass die erstklassigen Anwälte, die Israel engagiert hat, ihrer Aufgabe nicht ganz gewachsen sind und dass eine Truppe deutscher Elefanten ihnen dabei helfen muss. Da dies aber nicht der Fall ist, sollte sich Deutschland einfach hinsetzen und den Mund halten. Kein Geringerer als Seine Exzellenz Dr. Hage Gottfried Geingob, Präsident von Namibia, hat Deutschland genau dazu aufgefordert, nicht zuletzt, weil Namibia, das ehemalige Deutsch-Südwestafrika, Schauplatz des ersten Völkermords in der modernen Zeitrechnung war, begangen an den Herero und Nama, und von niemand Geringerem ausgeführt als von der Kolonialmacht Deutschland.

Bevor wir sowohl Südafrika als auch Deutsch-Südwestafrika hinter uns lassen, sollten wir beachten, dass die Intervention Südafrikas in Den Haag, im Namen der Palästinenser, ein sehr wichtiger Schritt auf dem langen Weg ist, Subsahara-Afrika zu einem Weltakteur zu machen. Zumindest im Fall von Palästina stehen sowohl Südafrika als auch Namibia jeweils auf ihren zwei Beinen und kriechen nicht auf allen vieren, eine Körperhaltung, die Deutschland in jüngster Zeit bevorzugt einzunehmen scheint. Wenn wir zum Thema Israel und Palästina übergehen, so müssen wir beachten, dass Deutschland Israel bewaffnet und finanziert, während es Palästina mit Almosen und groben Beleidigungen bedacht hat. Das ist wahrscheinlich einen Hauch besser als das, was sie mit den Huthi im Jemen vorhaben, die, was auch immer für andere Defizite sie haben mögen, sich vehement gegen das Abschlichten palästinensischer Kinder stellen.

Die Deutschen schicken die Fregatte F-124 Hessen ins Rote Meer, um den USA und ihren britischen Lakaien bei der Bombardierung verarmter Jemeniten zu helfen. Obwohl das Bundeskanzleramt erklärt hat, dass «die internationale Gemeinschaft» das Rote Meer für die freie Schifffahrt offenhalten müsse, sind die USA und die Briten nicht nur nicht »die internationale Gemeinschaft«, sondern ihre Angriffe auf den Jemen sind

nach den Gesetzen und Normen der «internationalen Gemeinschaft» illegal, in deren Namen Deutschland vorgibt, in den Krieg zu ziehen.

Die Fregatte Hessen ist mit einem Aufklärungsradar ausgestattet, das bis zu 1000 Ziele gleichzeitig erfassen kann. Es ist auch mit Anti-Schiff-Raketen vom Typ Harpoon und mit Torpedos bewaffnet. Da muss man sich zwangsläufig fragen, was Selensky auf dem Schwarzmarkt dafür bekommen hätte, wenn Deutschland es ihm und seiner Gaunerbande geschenkt hätte. Und das führt uns doch glatt zur immer noch laufenden Finanzierung des gescheiterten Reichs von Selensky durch Berlin, für einen Krieg, der bis zu einer Million Menschenleben gefordert hat, und zwar aus keinem anderen Grund als dem, die amerikanischen Waffenhersteller und ihre ukrainischen Kollaborateure zu bereichern. Und obwohl Selensky und seine Kumpane vernünftigerweise argumentieren könnten, dass sie sich dadurch bereichert hätten, indem sie Hunderttausende Ukrainer für einen illusorischen Wunschtraum geopfert haben, kann sich Deutschland nicht einer ähnlichen Prahlerei hingeben.

Deutschland hat nicht nur die Grundlagen zerstört, auf denen sein Nachkriegs-Wohlstand aufgebaut war, sondern ist sogar so weit gegangen, den Vereinigten Staaten und ihren norwegischen Quislingen zu erlauben, ihre Pipelines in der Nordsee zu sprengen und damit die Ära der billigen Energie aus Russland zu beenden, auf der Deutschlands Wirtschaftswunder aufgebaut war.

Bier statt Stechschritt

Im Fall der Ukraine hat Deutschland eine Stinkbombe in Richtung von Russlands Ring aus Stahl geworfen, nur um zusehen zu müssen, wie diese Stinkbombe zum Bumerang wird, zurückkehrt und ihm die Knie scheibe zertrümmert. Amerikas trojanische Pferde in Polen, Litauen und anderen baltischen Scherzländern übernehmen nun das politische Rennen in der Europäischen Union, während Deutschland aufgefordert wird, den Mund zu halten und einfach weiterzuzahlen. Nur Gott weiss, was Beckenbauer und Bismarck von dieser Farce halten würden. Allerdings ist der Geist von Beckenbauer und Bismarck noch nicht ganz tot, da nicht alle Deutschen diesen Blödsinn akzeptieren.

Zum einen protestieren deutsche Landwirte und Lastwagenfahrer, unterstützt von tapferen Verbündeten aus Polen, der Tschechischen Republik, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Wie der deutsche Mittelstand, diese kleinen Unternehmen, die mitgeholfen haben, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft zu bilden, sind diese Trucker und Landwirte sowohl unabhängig als auch einfallreich und wollen, wie ihre kanadischen Kollegen auch, nicht unter der Knute eines Justin Trudeau, einer Ursula von der Leyen oder eines nicht minder verachtenswerten Olaf Scholz stehen.

Mit diesen unabhängig denkenden Deutschen ist auch der Aufstieg der angeblich

«rechtsextremen» Alternative für Deutschland (AfD) verbunden, die in den Umfragen derzeit bei fast 24 Prozent liegt. Und obwohl die NATO-Medien rumkrakeelen, dass der Aufstieg dieser Partei die Rückkehr Adolf Hitlers und nicht jene von Beckenbauer oder Bismarck bedeuten würde, ist das nicht der Fall. Die meisten Deutschen interessieren sich mehr für Bier und Beckenbauer, für Wandern und Backen als für einen Stechschritt in den Jemen oder dafür, Israel bei der Verbreitung seiner Lügen behilflich zu sein. Die Probleme in Deutschland sind dieselben Probleme, wie sie die Niederlande und Kanada und unzählige andere Länder auch haben, die zu Vasallen der USA geworden sind.

Das Kernproblem besteht darin, wie Donald Trump es einst ausdrückte, wie man den Sumpf trockenlegen und trocken halten kann, ohne dass sich eine invasive Spezies der NATO erneut einnistet und den Sumpf erneut verseucht, wie etwa die kriegstreibenden deutschen Grünen. Obwohl Deutschlands glückliche und gemütliche Zeit von Bier und Beckenbauer vorbei ist, so wie auch unsere Jugend viel zu schnell vorbeigeht, sind wir es uns selbst und anderen dennoch schuldig, erneut besser aufzubauen und einen vernünftigen Weg nach vorne aus dem Morast der NATO zu finden, indem man weder eine Zusammenarbeit noch die Duldung der Ermordung von Kindern in Gaza, im Donbass oder im Jemen toleriert.

In Deutschland werden am 9. Juni Wahlen für die Schwatzbude der Europäischen Union und im Jahr 2025 zu seinem eigenen, ebenso saftlosen Bundestag abgehalten. Wer auch immer diese Wahlen gewinnen wird, so bleibt zu hoffen, dass die Grünen und die sozialdemokratischen Psychopathen von Scholz zu den grössten Verlierern gehören werden, damit Deutschland und ganz Europa anfangen können, ein helleres und zivilisierteres Kapitel zu schreiben als den Nachruf, den die NATO und ihre Fronttruppen bei der EU derzeit für sie verfassen.

Erstveröffentlichung in englischer Sprache bei Strategic Culture Foundation. Declan Hayes ist Katholischer Denker und Aktivist und ehemaliger Dozent für Finanzen an der Universität Southampton.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/meinung/194157-im-stechschritt-marschierende-deutschland-ist/>

«Auch Europa soll geschwächt werden»

Von: Sergei Lawrow, 23. Januar 2024



Der russische Aussenminister Sergei Lawrow im UNO-Sicherheitsrat am 22. Januar 2024. (Bild mid.ru)

(Red.) «Was aus Russland kommt, ist eh nur Propaganda», so tönt es fast unisono in den westlichen Medien. Das aber ist, wer genauer hinguckt weiss es, blanker Unsinn. Die Rede zum Beispiel, die der russische Aussenminister Sergei Lawrow am 22. Januar 2024 im UNO-Sicherheitsrat in New York gehalten hat, ist absolut lesenswert. Lawrow erlaubt sich dabei, darauf hinzuweisen, dass bei der US-Militärhilfe an die Ukraine das Geld – bezahlt an die US-Rüstungsindustrie – in den USA bleibt, dass aber Europa sich mit ihrer Politik tatsächlich selbst schadet – was aber ebenfalls im Interesse der USA ist. Es sei Globalbelbridge.ch erlaubt, auch solche Reden 1:1 – ins Deutsche übersetzt – zu publizieren, allein schon aus Gründen der Dokumentation. (cm)

Herr Präsident, ich danke Ihnen für die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen.

Wir verfolgen heute die Situation in der Ukraine im Zusammenhang mit den anhaltenden Lieferungen westlicher Waffen und der Entsendung westlicher Söldner in dieses Land, die wir von unseren jüngsten Massnahmen zur Vernichtung französischer Söldner in Charkow kennen. Wir haben gerade ein Update vom Stellvertretenden Hohen Vertreter der UN für Abrüstungsfragen, Adedeji Ebo, gehört. Wir danken ihm für die Informationen und seine Empfehlungen an den Sicherheitsrat.

Die grosse Mehrheit der unvoreingenommenen Expertinnen und Experten ist sich darüber im Klaren, dass die anhaltende Unterstützung des Westens für das Kiewer Regime der Hauptfaktor ist, der eine friedliche Lösung der Ukraine-Krise verhindert. Die Unterstützung erfolgt trotz der offensichtlichen Agonie und Unfähigkeit des (ukrainischen) Regimes, das Ziel zu erreichen, Russland eine «strategische Niederlage» zuzufügen, die ihm von seinen Vorgesetzten diktiert wurde, oder, wie sie kürzlich zu sagen begannen, mein Land zumindest zu degradieren.

Die Wahrheit ist, dass die westlichen Schirmherren des Kiewer Regimes trotz des völligen Versagens der ukrainischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld das Regime wie Wahnsinnige dazu drängen, diese sinnlose militärische Konfrontation fortzusetzen. Dies geschieht unter dem falschen Vorwand, der Zusammenbruch von Selenskys Regime stelle eine «existenzielle Bedrohung» für die Ukrainerinnen und Ukrainer dar, die Russland «versklaven» wolle. Diejenigen, die sich intensiv mit der Ukraine-Krise befasst haben, wissen, dass an diesen Behauptungen kein Körnchen Wahrheit ist. Russland hat die spezielle Militäroperation im Februar 2022 nicht gegen die Ukraine oder das ukrainische Volk gestartet, mit dem uns noch immer brüderliche Bande verbinden. Es ist kein Zufall, dass fast 7 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer nach 2014 einen sicheren Hafen in Russland gefunden haben.

Wir waren gezwungen, die Militäroperation gegen ein kriminelles Regime zu starten, das zu weit ging, ermutigt durch Straffreiheit, und das trotz unserer zahlreichen Bemühungen über viele Jahre hinweg nicht bereit war, dem Krieg gegen seine eigenen Bürgerinnen und Bürger in der Süd- und Südostukraine und seiner Politik der totalen Diskriminierung der russischsprachigen Ukrainerinnen und Ukrainer, die immer noch die Mehrheit in diesem Land bilden, eine Absage zu erteilen.

Das Selensky-Regime versties damit nicht nur gegen die vom UN-Sicherheitsrat gebilligten Minsker Vereinbarungen, sondern auch gegen die elementaren Grundsätze einer zivilisierten Gesellschaft und verletzte in eklatanter Weise die grundlegenden Menschenrechte, einschliesslich der Rechte ethnischer Minderheiten, die in der Verfassung der Ukraine verankert sind. Die westlichen Kuratoren des Kiewer Regimes, die hinter dem verfassungsfeindlichen Putsch in Kiew vor zehn Jahren steckten, haben es nicht nur versäumt, die Anführer der Kiewer Clique während dieser ganzen Zeit zu zügeln, sondern haben auch das Minsker Massnahmenpaket genutzt, um die Ukraine aufzurüsten und sie auf einen Krieg gegen Russland vorzubereiten. Das

wissen wir aus den Geständnissen der Personen, die direkt daran beteiligt waren, die die Minsker Vereinbarungen entworfen und unterschrieben und sie dem UN-Sicherheitsrat zur Genehmigung vorgelegt haben (Merkel, Hollande, Poroschenko).

Der Grund für das zynische und kriminelle Verhalten des Westens ist offensichtlich. Washington und andere Hauptstädte haben in letzter Zeit deutlich gemacht, dass der Westen einen Krieg gegen Russland führt, das von den Ukrainern «in die Schranken gewiesen» werden muss, ohne dass dabei das Leben der eigenen Soldaten verloren geht. Präsident Biden nannte diese Situation sogar eine grosse Investition. Ähnliche Gedanken wurden von anderen US-Beamten und ihren Amtskollegen in Grossbritannien geäussert.

Bei den Versuchen, ihre Gegner im Kongress dazu zu bringen, einem neuen Hilfspaket für die Ukraine zuzustimmen, klingen die Vertreter der aktuellen US-Regierung noch zynischer. Aus ihren Reden erfahren wir vor allem, dass 90 Prozent des Militärbudgets, das die Amerikaner dem Kiewer Regime zur Verfügung stellen, in den USA verbleiben und für den Ausbau des Verteidigungssektors des Landes und die Aufrüstung der Waffen verwendet werden. Die veraltete Ausrüstung wird in die Ukraine geschickt. Die meisten grossen ukrainischen Anlagen und Unternehmen, darunter auch Lithiumanlagen, wurden dort an die Amerikaner verkauft. Fruchtbare Land wurde ihnen auf unbestimmte Zeit für sehr wenig Geld verpachtet. Eines der auffälligsten Beispiele ist der Erwerb von Schwarzerde-Böden durch von Soros kontrollierte Unternehmen, um die Abfälle der westlichen Chemieindustrie zu vergraben. US-Aussenminister Antony Blinken betont, dass die fortgesetzte Hilfe für die Ukraine die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten garantiert, als ob er nicht über die Finanzierung eines Krieges spricht, der in der Ukraine bereits hunderttausende von Menschenleben gefordert hat, sondern über ein lukratives Geschäftsprojekt.

Auch Europa soll geschwächt werden

Es ist sicherlich an der Zeit, dass die Europäer – ich wende mich an alle vernünftigen Europäer – aufwachen und verstehen, dass die USA mit Hilfe von Wolodymyr Selenskys Regime nicht nur einen Krieg gegen Russland führen, sondern auch das strategische Ziel verfolgen, Europa als wirtschaftlichen Rivalen stark zu schwächen. Washington untergräbt die Energiesicherheit der EU und provoziert damit gefährliche Krisen in der europäischen Wirtschaft und im sozialen Bereich. Ich werde mich nicht auf den Terroranschlag auf die Nord Stream-Pipelines konzentrieren. Die USA machen jeden Versuch einer ehrlichen internationalen Untersuchung zunichte, und die derzeitigen europäischen Staats- und Regierungschefs, vor allem in Deutschland, schweigen unterwürfig, um sich mit der öffentlichen Demütigung abzufinden.

Gleichzeitig folgt die Mehrheit der EU-Mitglieder weiterhin gehorsam den Befehlen Washingtons, immer mehr Waffen an Kiew zu liefern und ihre Arsenale zu leeren, die natürlich mit Produkten der US-Rüstungsindustrie aufgefüllt werden. Die Europäer werden gezwungen sein, das Geld dafür aufzubringen.

Die Händler des Todes stört es überhaupt nicht, dass ihre Waffen, darunter Streumunition und Granaten mit abgereichertem Uran, methodisch, gnadenlos, vorsätzlich und absichtlich zivile Ziele treffen, wie bei den Angriffen auf die Wohngebiete von Belgorod am 30. Dezember 2023 und gestern, am 21. Januar, auf die Märkte und Geschäfte von Donezk. Das Blut Dutzender toter Zivilisten klebt an den Händen und auf dem Gewissen derjenigen, die das Regime von Wolodymyr Selensky bewaffnen und gleichzeitig offiziell erklären, dass die Kiewer Behörden das Recht haben, die Ziele für ihre Angriffe auszuwählen. Wir erinnern uns, wie die Angelsachsen im Februar 1945 Dresden ohne die geringste militärische Notwendigkeit bombardiert haben und wie sie vor nicht allzu langer Zeit das irakische Mosul und das syrische Raqqa dem Erdboden gleichgemacht haben. Jetzt haben sie sich «würdige Nachfolger» herangezogen, um ihre barbarischen Terrormethoden fortzusetzen.

Viele an die Ukraine gelieferte Waffen gehen in den Schwarzmarkt

Die Jahre, in denen Wolodymyr Selenskys völlig korruptes Regime rücksichtslos mit Waffen vollgepumpt wurde, haben eine weitere gefährliche Dimension. Um so viel wie möglich von dem Konflikt zu profitieren, verkaufen die Beamten in Kiew einen Teil der vom Westen gelieferten Waffen einfach auf dem Schwarzmarkt weiter. Es gibt viele solcher Angebote im Darknet. Es ist schwer vorstellbar, dass dies ohne das Wissen und die Beteiligung der westlichen Händler geschieht, denn «eine Hand wäscht die andere». Eines der jüngsten Beispiele sind die amerikanischen M-16-Gewehre, die an Kiew übergeben wurden. Wer will, kann sie mit Kryptowährung über eine Anzeige im Internet kaufen. Terroristische Gruppen nutzen diese Situation natürlich aus. Die Waffen gelangen in ihre Hände und verbreiten sich in Afrika, im Nahen Osten und in Lateinamerika. Dadurch werden die ohnehin schon instabilen Regionen der Welt weiter destabilisiert.

Dieser skandalöse Zustand hat ein Ausmass erreicht, das nicht mehr vertuscht werden kann. Sogar die USA mussten das Problem offiziell anerkennen. Einem aktuellen Bericht des Pentagons zufolge wurden Waffen im Wert von über 1 Milliarde Dollar – und ich bin sicher, dass dies eine vorsichtige Schätzung ist –, die für die Streitkräfte der Ukraine bestimmt waren, abgezweigt. Es war einfach «keine Zeit für eine Inventur» von 40'000 Waffeneinheiten, darunter Drohnen und Granatwerfer, also wurde keine durchgeführt. Soweit ich weiss, sind jetzt amerikanische Inspektoren nach Kiew gereist, um sich selbst ein Bild von den Vorgängen vor Ort zu machen. Wir wünschen ihnen viel Erfolg.

Herr Vorsitzender,

wir haben mehr als einmal gehört und werden wahrscheinlich auch heute von unseren westlichen Kollegen ein hinterhältiges Argument hören, das auf Folgendes hinausläuft: «Wenn Russland aufhört zu kämpfen, wird der Krieg enden, aber wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, wird die Ukraine enden.» Beamte auf den höchsten Ebenen der US-Regierung sind sogar so weit gegangen zu sagen, dass Russland als nächstes Polen, die baltischen Staaten und Finnland angreifen wird. Sie werden alles sagen, um mehr Geld aus dem Kongress und den europäischen Parlamenten herauszupressen und sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, der Ukraine weiterhin bis zum letzten Dollar und Euro zu helfen – zum Nachteil ihrer eigenen Bürger. Wenn sie fordern, dass Russland seine spezielle Militäroperation beendet, wissen sie genau, dass das Kiewer Regime, nachdem es seine Wunden gelect hat, seine Bemühungen fortsetzen würde, alles Russische und die jahrhundertealte russische kulturelle, historische und religiöse Identität, die in diesem Land existiert, auszulöschen. Das Selensky-Regime würde weiterhin denselben rasenden, menschenfeindlichen Nationalismus propagieren, der der Mehrheit der Bevölkerung fremd ist, und diejenigen verherrlichen, die in den Jahren des Zweiten Weltkriegs in Zusammenarbeit mit den Nazis Hunderttausende von Juden, Roma, Russen, Polen und Ukrainern vernichtet haben. Die Diktatur würde gestärkt werden, der Krieg gegen die Opposition und jede abweichende Meinung würde weitergehen und die Zahl der politischen Gefangenen würde anschwellen.

In der Zwischenzeit würden die westlichen Demokratien weiterhin so tun, als würden sie entsetzt wegschauen, obwohl sie in Wirklichkeit stumm zustimmen. Genau wie jetzt, nachdem der amerikanische Staatsbürger Gonzalo Lira vom ukrainischen Sicherheitsdienst hinter Gittern zu Tode gefoltert wurde, weil er objektive Artikel veröffentlicht hatte, in denen das Selensky-Regime kritisiert wurde. Hat irgendjemand im Westen, vor allem in den USA (ich beziehe mich auf offizielle Stellen), etwas dazu gesagt? Nein. Es ist unwahrscheinlich, dass westliche Delegationen und Vertreter des Kiewer Regimes heute den Mut aufbringen, das jüngste abscheuliche Verbrechen von Selensky und seiner Clique wenigstens in irgendeiner Form zu kommentieren. Stattdessen hören wir wieder Stimmen, die von «russischer Aggression» sprechen und dem Kiewer Regime ihre unveränderliche Unterstützung zusichern. Die Verlogenheit und Feigheit ihrer Schutzherrn wurde durch die abscheuliche Inszenierung des Verbrechens in Bucha im April 2022 anschaulich illustriert. Unsere zahlreichen Forderungen, zumindest die Namen derjenigen zu nennen, die angeblich vom russischen Militär getötet wurden, blieben unbeantwortet. Ich habe persönlich mit dem UN-Generalsekretär über dieses Thema gesprochen, aber ohne Erfolg. Nach allem zu urteilen, darf er nicht einmal versuchen, die Wahrheit herauszufinden, da dies die westlichen Marionettenspieler blossstellen würde.

Zu Lawrows Rede in Englisch, publiziert auf der Website des russischen Aussenministeriums. (Anmerkung: Siehe https://mid.ru/en/foreign_policy/news/1927070/)

(Die Übersetzung ins Deutsche besorgte Christian Müller, der auch die beiden Zwischentitel einsetzte.)

Quelle: <https://globalbridge.ch/auch-europa-soll-geschwaecht>

Alles, was Sie über die Ereignisse in der Ukraine gehört haben, ist eine Lüge, es ist schlimmer, als Sie denken.

uncut-news.ch, Januar 22, 2024

Maria Mateiciuc ist zurück aus der Ukraine, in der sie Freunde besucht hat. Alles, was wir über die Ereignisse in der Ukraine gehört haben, ist eine Lüge, sagt sie in einer Reportage auf X.

Die Realität ist düsterer als wir denken und hoffnungslos. Die Ukraine wird diesen Krieg nicht gewinnen. Ihre Freunde schätzen, dass inzwischen mehr als eine Million ukrainische Väter, Söhne und Ehemänner gestorben sind. Eine ganze Generation wurde ausgelöscht.

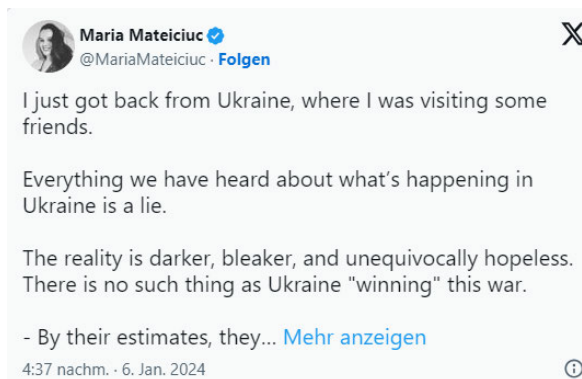


Präsident Selenskyj World Economic Forum CC BY 3.0

Die Menschen trauen sich nicht, Präsident Selensky offen zu kritisieren, weil sie sonst im Gefängnis landen. In fast allen Dörfern und Städten sieht man kaum noch Männer. Die Männer, die noch da sind, trauen sich

nicht, ihre Häuser zu verlassen, aus Angst, an die Front verschleppt zu werden. Manche bitten ihre Freunde, ihnen die Beine zu brechen, damit sie nicht zum Militär müssen.

Jeden Morgen werden Männer auf dem Weg zur Arbeit von der Strasse abgeholt und ohne Ausbildung an die Front geschickt. Das ist ein Todesurteil.



Und es wird jeden Tag schlimmer, schreibt Mateiciuc. Bei ihrem Besuch wurde ein Zahnarzt und Vater von zwei Kindern auf dem Weg zur Arbeit von Sicherheitskräften angehalten. Mütter und Ehefrauen bitten die Truppen vergeblich, die Männer nicht mitzunehmen. In einigen Fällen werden sie bestochen, aber meistens werden die Frauen mit körperlicher Gewalt oder Todesdrohungen konfrontiert.

Die von den Russen «zurückerobereten» Gebiete sind unbewohnbar und liegen in Trümmern.

Mateiciucs Freunde bezeichnen die Berichterstattung im In- und Ausland als «Hohn» und «Propaganda».

Die Menschen sind verzweifelt und leben in einem nicht enden wollenden Albtraum. Ihre Söhne, Väter und Ehemänner sind verschwunden, ihr Land wurde zerstört. Sie sind wütend auf Selensky und den Westen. Sie haben alles verloren und können nicht verstehen, warum Selensky weitermachen will wie bisher.

«Ich habe den Krieg nicht miterlebt, aber was ich gesehen habe, war absolut herzerreissend», schliesst Mateiciuc.

Die Menschen, die diesen Krieg unterstützt haben und die Medien, die immer noch darüber lügen, sollten sich ihrer Meinung nach zutiefst schämen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/alles-was-sie-ueber-die-ereignisse-in-der-ukraine-gehoert-haben-ist-eine-luege-es-ist-schlimmer-als-sie-denken/>

Die EU auf dem Weg zum Militärbündnis

Von PI -22. Januar 2024

EU-Industriekommissar Thierry Breton forderte diese Woche, einen neuen 100-Milliarden-Euro-Fonds für Verteidigung einzurichten.

Von RAINER K. KÄMPF | Die EU will sich hochrüsten. Vergessen wir nicht, dass diese fragwürdige Organisation Trägerin des Friedensnobelpreises ist.

Der erstaunte Insasse dieser Freiluftklapse reibt sich verwundert die Augen, wenn EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton 100 Milliarden in die Rüstung stecken will. Wie war das? Ging die Europäische Union nicht hervor aus der altehrwürdigen EG (vormals EWG)? Das waren Wirtschaftsbündnisse, die tatsächlich die westeuropäische Wirtschaft förderten und den Mitgliedsstaaten Vorteile brachten.



Kein Mensch wäre damals auf die Idee gekommen, ein angriffslustiges Militärbündnis daraus zu machen. Und ich meine sogar zu behaupten, hätte man im Lissabon-Vertrag festgeschrieben, dass die Beiträge der Mitgliedstaaten dazu genutzt werden, um einen Stellvertreterkrieg gegen Russland zu führen, wäre 2007 schon bei einigen der Denkprozess in Gang gekommen.

Nun gewinnen die Bellizisten die Oberhand und führen diesen aufgeblähten Tumor der Staatengemeinschaft in die Schützengräben.

Militärisches Gerät und Ausrüstung dürfen nach den Verträgen nicht gekauft werden. Diese lästige Hürde umgeht man durch Schaffung von Fonds wie unter anderem den Europäischen Verteidigungsfond, den ASAP- und EDIP-Fond.

Neu ist nun Folgendes: «Wir sind bereit, den Unternehmen zu helfen, bestimmte Risiken einzugehen, insbesondere in neue Kapazitäten zu investieren, ohne dass sie von Anfang an über Aufträge der verschiedenen Armeen verfügen», erklärte Breton.

Das bedeutet frei übersetzt: Der militärisch-industrielle Komplex wird mit dem Geld der Völker Europas vorfinanziert, um im Endeffekt die Investoren (Bürger) auf das eigenfinanzierte Schafott zu treiben.

Politiker, die heute tatsächlich eine Mitgliedschaft in dieser EU befürworten, machen sich mitschuldig am Untergang des alten Westeuropas. Verstand, politische Weitsicht und Verantwortung für den Nationalstaat bedingen einen schnellstmöglichen Ausstieg!

Quelle: <https://www.pi-news.net/2024/01/die-eu-auf-dem-weg-zum-militaerbuendnis/>

Die Beutegierigen – Ein Blick auf das Berliner Kriegskabinett

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam; 22 Jan. 2024 20:08 Uhr

«Tagesschau» & Co. fragen nicht, warum Deutschland den Krieg in der Ukraine verlängert – Die Absichten hinter Merkels Friedensverrat gelten fort und sollen den Wähler nicht erschüttern.

Mal ehrlich: Wussten Sie, dass Grossbritannien, obwohl auf Seiten der Sieger, noch im Dezember 2006 Kriegskredite aus der Zeit des 2. Weltkriegs an die USA zurückzahlte? Kriege werden – eine Binsenweisheit – nicht aus hehren idealistischen Gründen geführt, sondern vorrangig aus ökonomischen Interessen. Auch unserem Berliner Kriegskabinett geht es nicht um Freiheit und Demokratie der Ukrainer, sondern um reiche Beute in deren Land: Um Zugriff auf immense Bodenschätze, unter anderem Lithium. Übrigens: Deutschland wird derzeit selbst von der Siegermacht USA besonders stramm gemolken (als US-Vasall, als Netto-Verlust-Träger der US-Sanktionen, als Nord-Stream-Geschädigter; die bekannten 100 Millionen Euro Tribut pro Jahr zur Finanzierung der hiesigen US-Garnisonen sind Peanuts dagegen). Aber das steht auf einem anderen Blatt.

ARD-Tagesschau, ZDF-heute und Deutschlandradio-Nachrichten schert es nicht, aus welchen tatsächlichen Gründen die Bundesregierung Geld, Waffen, informationelle und logistische Hilfe in die Ukraine pumpt – bis dato mindestens 30 Milliarden Euro (indirekte Kosten wie die Flüchtlingsaufnahme nicht gerechnet). Profunde Kenntnis der Bundesbürger von den politikleitenden Interessen an der deutschen Kriegsbeteiligung ergäbe mit Sicherheit ein anderes, qualifizierteres Meinungsbild dazu, als es die Tagesschau in ihrem «Deutschlandtrend» vermittelt: 31 Prozent halten die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine für angemessen, 25 Prozent gehen sie nicht weit genug; eine deutliche Mehrheit ist also für massiven Waffenexport ins Kriegsgebiet.

Dass sich die Bundesregierung nicht nur als gefügiger US-Vasall, sondern auch aus eigenen Stücken – im kommerziellen Interesse seiner (Rüstungs-)Wirtschaft – zur Kriegspartei machte, spielt im Diskurs über den Ukraine-Krieg leider keine Rolle. («Wir müssen doch den armen Menschen dort helfen.»)

Keiner fragt nach

Ungerührt vom massenhaften Sterben auf dem «Schlachtfeld» schiebt unser Berliner politisches Funktionsmobiliar weitere Milliarden in die Ukraine. Ungestört von den «Qualitätsmedien», unbeeindruckt von der impotenten «Vierte Gewalt»-Täterin Tagesschau und deren öffentlich-rechtlichen Komplizen. Kritische Nachfrage nach den wahren Kriegsgründen? Fehlanzeige, obwohl sich die Lage zuhause längst als hochexplosiv erweist: Die Schuldenbremse versagt, die Verbraucherpreise explodieren, Geld für den geordneten Unterhalt und Ausbau der Infrastruktur fehlt. Massiver Sozialabbau droht, das Renten-, Bildungs- und Transportsystem, die Gesundheits- und die Energieversorgung sind in Gefahr. Ganze Wirtschaftsbereiche werden plattgemacht, Bauern rebellieren, das Bruttosozialprodukt schrumpft bedrohlich, die Produktivität der Beschäftigten sinkt. Die kaltschnäuzige Reaktion darauf:

«Die Bundesregierung verdoppelt die Militärhilfe für die Ukraine. Wie das ARD-Hauptstadtstudio aus Kreisen des Haushaltsausschusses erfuhr, einigte sich die Ampelkoalition darauf, die Unterstützung von vier auf acht Milliarden Euro aufzustocken.»

Niemand, schon gar nicht das ARD-Hauptstadtstudio, riskiert konsequent die Frage: Was sind die Motive und Ziele dieser desaströsen Politik, die die eigene, die deutsche Bevölkerung sehenden Auges ins Unglück stürzt, während sie das korrupte, neonazistische, autoritäre System in der Ukraine immer noch mit Milliardenbeträgen pappelt? Obwohl Kiews antidemokratisches Regime vor dem Zusammenbruch und einer ver-

herenden militärischen Niederlage steht? An den demagogischen Schwachsinn, dass Putin sich Westeuropa militärisch vornehme, wenn er erst einmal die Ukraine besiegt habe, glauben doch weder Agnes-Marie Strack-Zimmermann noch Boris Pistorius, sondern allenfalls Annalena Baerbock und der dauerbeleidigte, weil nur Beinahe-Landwirtschaftsminister Anton Hofreiter.

Sogar der Russenfresser und Polit-Scharfmacher Michael Roth (SPD), einst gar Staatsminister und derzeit immerhin noch Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, beklagte die Wissenslücke im hiesigen Diskurs: Die Debatte über die Beweggründe und Ziele der deutschen Einmischung in den Ukraine-Konflikt komme zu kurz. Es gehe doch nicht um Nächstenliebe, sondern um «deutsche und europäische Interessen».

Welche denn konkret, werter Herr Ex-Staatssekretär? Welches Interesse sollten einfache deutsche und andere westeuropäische Mitbürger an der Fortführung des schrecklichen Gemetzels in der Ukraine haben, an dem sich die Plutokraten der westlichen Welt gerade dumm und dämlich verdienen? Was wohl bewog den Wirtschaftsminister Habeck, in Davos für Investitionen in der Ukraine zu werben und staatliche Sicherheitsgarantien dafür zu versprechen? Die seien

«... ein ungeheuer erfolgreicher Schritt, der zeigt, dass wir daran glauben und darauf vertrauen, dass die Ukraine diese schwierige Situation erfolgreich besteht, aber auch, dass deutsche Unternehmen in die Ukraine investieren werden.»

Warum wohl sollten/wollen deutsche Unternehmen in der Ukraine investieren? Sage bitte niemand: «Um dort Arbeitsplätze zu schaffen.»

Kugeln mit Milliarden

Selbst die Tagesschau-Sendung «Wirtschaft vor acht» lässt wissen, dass die Geschehnisse der Welt nicht das Ergebnis transparenter demokratischer Entscheidungsprozesse gemäss Volkes Willen sind, sondern dass «die Lenker der Wirtschaft» im Hinterzimmer darüber befinden:

«Alljährlich treffen sich die Spitzen von Staaten, die Lenker der Wirtschaft und sonstige wichtige Persönlichkeiten in den Schweizer Bergen, um die Weltlage zu besprechen ... Davos [ist] mehr als eine Ansammlung von Vorträgen und Meinungsaustausch, sondern ... der Ort der Vier-Augen-Gespräche (sic!) im ganz kleinen Kreis (sic!).»

Mit Namen und konkreten Fakten kann ARD-Moderator Markus Gürne hier natürlich nicht dienen. Dass es neben dem «Weltwirtschaftsgipfel» in Davos auch noch die geheimen Treffen der «Bilderberger» und der «Trilateralen Kommission» gibt, auf denen sich die Spitzenpolitiker der Welt von den Multimilliardären «beraten» lassen, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt; für die Tagesschau sind sie ja nie und nimmer von nachrichtlichem Interesse.

Unser Thema bleibt das kommerzielle Interesse, das der kollektive Westen mit seiner Kriegsteilnahme in der Ukraine und mit seinem Wirtschaftskrieg gegen Russland verfolgt. Baerbocks Wunsch, «Russland ruinieren», spricht die Problematik nur oberflächlich an. Er ist so unqualifiziert wie die Verlautbarung des US-Präsidenten Biden, den demokratisch gewählten Putin stürzen zu wollen. Russlands Bevölkerung hat längst verstanden: Der kollektive Westen ist auf Unterwerfung ihres Landes aus (zu dem auch die vormaligen ukrainischen Donbass-Republiken gehören) und auf das räuberische Ausbeuten seiner Reichtümer.

Subversive Absichten

Im Westen – nicht nur gelegentlich und auf Stammtischniveau – werden gerne Vorstellungen von einer «De-kolonialisierung» Russlands diskutiert, das heisst Zerschlagung in viele schwache Einzelstaaten. Die lautstärksten Fürsprecher solcher Ideen sind Exil-Russen, deren infame Lobbyarbeit vom Westen politisch unterstützt und von Abgeordneten des Europäischen Parlamentes sogar materiell gesponsert wird: «Ich werde auf jeden Fall die Namen dieser 34 Staaten lernen», hiess es auf einem im Europäischen Parlament veranstalteten «Forum der Freien Völker Russlands».

Auch in den westlichen Leit- und Konzernmedien wird die aktive Schwächung Russlands durch Zerfall diskutiert. Dessen Bürger registrieren das sehr aufmerksam. Es erinnert sie an ihre Erfahrungen mit den Wortbrüchen und der Beutegier des Westens nach dem Zerfall der Sowjetunion, an ihr Elend in der Jelzin-Ära.

Knallbonbons

Genau darauf aber wirken die heute massgebenden Sozialdemokraten offenkundig hin. Bundeskanzler Olaf Scholz:

«Dieser Krieg ist wahrscheinlich so schnell nicht vorbei... (Es ist wichtig), dass wir lange in der Lage sind, das zu tun, was notwendig ist, (nämlich) die Ukraine weiter in ihrem Verteidigungskampf zu unterstützen.»

Pure Maulhurerei, nicht einmal eine andeutungsweise logische Beschreibung der vorgeblichen «Notwendigkeit». Scholz behauptet geschichtsfälschend:

«Russland habe 2022 mit seinem Überfall auf die Ukraine alle Verständigung über Frieden und Sicherheit in Europa aufgekündigt.»

Dass Kiew unter massgeblicher deutscher Anleitung und Mitwirkung (Steinmeiers trügerischer Deal, Merkels Minsk-II-Betrug) schon seit 2014 einen Angriffskrieg gegen die Ost-Ukraine führte, auf den Putin nach acht Jahren militärisch reagierte, hatte NATO-Generalsekretär Stoltenberg schon vor einem Jahr preisgegeben. Der Krieg habe nicht erst am 24. Februar 2022 (Einmarsch russischer Truppen im Donbass) begonnen, sondern:

«Er begann im Jahr 2014.» (im Original auf Englisch: «... because the war didn't start in February last year. It started in 2014.»)

Dazu Thomas Mayer, Buchautor und vormalis Kampagnenleiter der Schweizer Vollgeld-Initiative:

«(Stoltenbergs) Aussage war ein seltenes Versehen. Als Regel galt die millionenfach in den westlichen Medien wiederholte Sprachregelung (unprovoked völkerrechtswidriger Angriffskrieg). Das sollte als unumstössliche Tatsache ins öffentliche Bewusstsein eingebrannt werden ... So wurde das Völkerrecht für Kriegspropaganda missbraucht. Tatsächlich kann der Kriegseintritt Russlands stringent völkerrechtskonform begründet werden.»

Doch Kanzler Scholz und erst recht die Qualitätsjournalisten der Staats- und Konzernmedien scheren sich nicht um völkerrechtliche Regeln. Sie ignorieren, dass der Westen bis zuletzt sämtliche Verständigungsangebote Putins zur Vermeidung eines Krieges ausgeschlagen hatte. Es würde nichts nützen, sie an den Lehrsatz des italienischen Philosophen Nicolò Machiavelli zu erinnern:

«Nicht, wer zuerst die Waffen ergreift, ist Anstifter des Unheils, sondern, wer dazu nötigt.»

Deutschlands Ukraine-Politik ist kriegstreibend. Panzer, Artilleriegeschütze und Raketen sind Angriffswaffen, Granaten aus deutschen Fabriken schaffen keinen Frieden, sondern lassen die Leichenberge in der Ukraine wachsen. Die absurde Debatte im Bundestag über den – am Ende deutlich abgelehnten – Antrag der Unionsfraktion, endlich auch weitreichende «Taurus»-Raketen an Kiew zu liefern, beweist allerdings nur, dass die Befürworter einer rationalen, auf Ausgleich mit Russland bedachten Politik keine Mehrheit im Reichstag haben.

Die Euromilliarden, die der Kanzler dem korrupten Präsidenten Selensky in die weit geöffneten Taschen schiebt, generieren nicht nur Rekordprofite der deutschen Rüstungswirtschaft; sie bereichern auch einen Machthaber, der per Gesetz jegliche Friedensverhandlungen mit Russland verbieten liess. Einen egomanen Menschenverächter, der bereits mit der Sprache, in der er über Russen herzieht («Tiere») seine nazistische Gesinnung demonstriert.

Kriegswillige

Deutschlands Ziele in der Ukraine bleiben unerklärt. Der Kanzler und sein Kabinett (auch der vielgepriesene Verteidigungsminister Pistorius) vermeiden sichtlich, sich konkret zu den Kriegszielen zu äussern. Pistorius räumte zwar ein, dass Deutschland in der Ukraine «Kriegsbeteiligter» sei (was offensichtlich niemanden in den deutschen Redaktionsstuben sonderlich aufregte). Welche Absichten damit verfolgt werden, sagte aber auch er nicht. Er betreibt lieber medienwirksame Scharfmacherei:

«Deutschland und seine Verbündeten müssen sich mit der neuen Bedrohungslage auseinandersetzen. Wir müssen kriegstüchtig werden.»

Deutsche Kriegspläne gegen Russland zielen auf ein «militärisches Schengen-Abkommen»

Analyse: Deutsche Kriegspläne gegen Russland zielen auf ein «militärisches Schengen-Abkommen».

So redet eben ein Sozialdemokrat der neuen Generation, dessen Abstand zu Willy Brandts friedensstiftender Entspannungspolitik ebenso gross ist wie seine Bereitschaft, das Friedensgebot des Grundgesetzes zu missachten und Verfassungsbruch zu organisieren.

Ohne diplomatische Schnörkel redete auch ein CDU-Abgeordneter daher und geriet damit ins Rampenlicht. Roderich Kiesewetter, Ex-Oberst i.G. (= «im Generalstab»), im Tagesschau-Video (Zitat ab Min. 08'28"):

«Aber es hat auch eine extrem wirtschaftliche Frage: Wenn die Ukraine zerfällt, sind die Folgekosten viel grösser, als wenn wir jetzt viel stärker reingehen. Und wenn Europa die Energiewende vollziehen will, braucht es eigene Lithium-Vorkommen. Die grössten Lithium-Vorkommen in Europa liegen im Donezk-Luhansk-Gebiet ... Deswegen will Russland diese auch, um uns abhängig zu machen von der Energiewende, mit Blick auf Elektromotoren. Also, wir haben hier auch ganz andere Ziele noch im Hintergrund.»

Der Mann macht kein Hehl daraus, dass deutsche Wirtschaftsinteressen dem Ukraine-Krieg zugrunde liegen. Es beeindruckt, mit welcher Selbstverständlichkeit er wissen lässt, dass auch dieser Krieg dem westlichen Kapitalinteresse am Profitmachen dient, gleichgültig, wie viele Menschen dabei draufgehen.

Das gesamte Tagesschau-Interview ist übrigens ein eindrucksvolles Beispiel für die Unfähigkeit vieler Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Sie stellen keine substanziell interessierenden Fragen, sondern beschränken sich auf die Rolle des simplen Stichwortgebers; sie agieren als animierende Mikrofonhalter.

Räuberische Gier

Was die westlichen Geldeliten an der Ukraine interessiert und weshalb sie das Land als lohnendes Ausbeutungsoffer im Blick haben, belegen nicht nur die gierigen Aufkäufe ihrer Immobilienhaie. Das Wirtschaftsmagazin Forbes bewertete schon 2005 den Vorrat an entdeckten Bodenschätzen in der Ukraine mit 7 bis 10 Billionen (!) Dollar. Inzwischen beläuft er sich auf 14,8 Billionen Dollar.

Was für ein Pech für die Beutegierigen: 70 Prozent dieses natürlichen Reichtums liegen in den nunmehr russischen Gebieten Donezk, Dnepropetrowsk und Lugansk. Ihr Schätzwert: etwa 8 Billionen Dollar.

Bekanntlich ist es hierzulande ganz «normal», einem verabscheuten Konkurrenten die eigenen (fragwürdigen) Absichten zu unterstellen. Besonders, wenn man selbst im Nachteil ist. Es überrascht also nicht, dass man im Westen behauptet/mutmasst, dieser Reichtum habe «Putin zum Einmarsch in die Ukraine motiviert».

Andersherum wird allerdings eher ein Schuh draus. Der Westen ist scharf auf besagte Bodenschätze, er braucht sie:

«Europa hat in der Vergangenheit eine beträchtliche Anzahl von Rohstoffen, über die auch die Ukraine verfügt, aus Russland bezogen – neben Öl, Gas und Kohle sowie Eisen und Stahl vor allem wichtige Nicht-eisenmetalle ...»

Eingeräumt (und beklagt) wird, dass die hohe Abhängigkeit von metallenen Rohstoffen (Nickel, Titan, Lithium u.a.) Deutschland als grössten westeuropäischen Industriestandort behindert, seine Entwicklung einer «grünen» Energiewirtschaft voranzutreiben, weil es dabei «von autoritär regierten Ländern» wie Russland und China abhängig sei.

Kaiser ohne Kleider

Tja. Mit den antirussischen Sanktionen haben sich die westeuropäischen Politiklenker ins eigene Knie geschossen. Den Schmerz, die wirtschaftlichen Folgen, müssen aber wieder die Bürger ertragen, besonders die von Erwerbsarbeit abhängigen.

Sollte Russland, wie sich abzeichnet, Sieger in diesem Krieg bleiben, wird der Rohstoffmangel in Westeuropa zu erheblichen Kostensteigerungen führen und Deutschlands industrielle Wirtschaftskraft weiter schwächen. Sollte wider Erwarten die Ukraine siegen, wäre das zwar für «unsere» Wirtschaft gut. Die Ukrainer aber müssen so oder so für diesen Krieg bezahlen, gleichgültig, wie er endet. Das Land musste bereits jetzt eine Verdoppelung der Staatsverschuldung hinnehmen (in Relation zum Brutto-Inlandsprodukt der Jahre 2021 bis 2024): Von 48 auf 96 Prozent. Die Kosten für einen Wiederaufbau bleiben hier ausser Betracht. Der unschätzbare Verlust an Menschenleben erst recht.

Möglicherweise, so ein erlaubter Rückschluss, wird auch die Ukraine noch im Jahrhundert danach Kriegskredite an den Wertewesten abstottern müssen. Ob sie überhaupt je wieder zahlungsfähig wird, ist allerdings eine andere Frage.

Mit seiner Bemerkung im Tagesschau-«Bericht aus Berlin Extra» (ab ca. Min. 09'04") hat der unsägliche Unionsabgeordnete Kiesewetter jedenfalls recht:

Unsere Bürgerinnen und Bürger (verdienten) «mehr Orientierung aus der Politik. Ein Bundeskanzler könnte deutlich mehr erklären. Er macht es zu wenig».

Na klar. Andernfalls stünde dieser Kanzler als politischer Prokurist der Kriegsgewinnler und Profiteure am ukrainischen Massensterben da. Seine «unerträgliche Schweigsamkeit» ist Taktik. Der Durchschnitts-Wähler durchschaut das nicht, denn seine Tagesschau besorgt ihm ja nur eine Mattscheibe.

Anmerkung der Autoren:

Unsere Beiträge stehen zur freien Verfügung. Wir schreiben nicht für Honorar, sondern gegen die «mediale Massenverblödung» (in memoriam Peter Scholl-Latour). Die Texte werden vom Verein "Ständige Publikumskonferenz öffentlich-rechtlicher Medien e.V." dokumentiert: <https://publikumskonferenz.de/blog>

Quelle: <https://freeassange.rtd.me/meinung/193582-berliner-kriegskabinett-auf-beutezug/>

Schweizer Bundespräsidentin: Doppelmoral oder Dummheit?

Von: Christian Müller Januar 2024

Viola Amherd, sogenannte Bundespräsidentin der Schweiz – de jure ist sie nur nach dem Anciennitätsprinzip Präsidentin des siebenköpfigen Gremiums Bundesrat für ein Jahr und ohne demokratisch legitimierte höhere Kompetenzen – spielt ein Spiel, das kaum nachvollziehbar ist. Als zuständige Verteidigungsministerin der Schweiz bemüht sie sich aktiv und öffentlich für eine Annäherung der Schweiz an die NATO und verantwortet zum Beispiel auch, dass die Schweiz keine Kampffjets aus Europa, sondern die Kampffjets F-35 aus den USA kauft. Als sogenannte Bundespräsidentin aber will sie auf Wunsch von Wolodymyr Selensky zum Thema Krieg in der Ukraine einen «Friedensgipfel» in der Schweiz organisieren.



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und die Schweizer «Bundespräsidentin» Viola Amherd am WEF in Davos 2024: Beide zeigen in die gleiche Richtung! (Bild swissinfo) r, 21.

Am 22. März 2023 war auf der offiziellen Plattform des Schweizer Aussenministeriums EDA Folgendes zu lesen:

«Viola Amherd trifft sich mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Am Mittwoch, den 22. März 2023, trifft Bundesrätin Viola Amherd in Brüssel den NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit (sic!) in der Sicherheitspolitik. Die Vorsteherin des VBS (Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) wird im Anschluss an das Treffen auch mit Vertretern des North Atlantic Council (NAC) sprechen.» Und in der gleichen Mitteilung konnte man lesen: «Im Mittelpunkt des Gesprächs mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg wird die Zusammenarbeit der Schweiz mit der NATO stehen, die der Bundesrat gemäss dem Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 weiter entwickeln will. Weitere Themen werden die Sicherheit in Europa und die militärische Friedensförderung sein, da der Bundesrat dem Parlament vorgeschlagen hat, den Einsatz der Swisscoy in der NATO-geführten Mission KFOR im Kosovo über 2023 hinaus zu verlängern. Schliesslich wird die VBS-Vorsteherin mit den ständigen Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten im Nordatlantikrat, dem wichtigsten Entscheidungsorgan der NATO, über die aktuelle Lage in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sprechen.»

Nicht speziell erwähnt in diesen offiziellen Mitteilungen wird, gegen welchen Feind es in der vereinbarten Zusammenarbeit mit der NATO geht, aber man weiss es natürlich und es kann natürlich auch nachgelesen werden: Es geht klar und ausschliesslich gegen Russland.

Und jetzt: Da kommt der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selensky ans WEF in Davos und wird auch in Bern mit allen Ehren empfangen. Im persönlichen Gespräch mit der neuen Schweizer «Bundespräsidentin» und Verteidigungsministerin Viola Amherd entsteht der Plan, in der Schweiz zum Krieg in der Ukraine einen Friedensgipfel zu organisieren. Diese Idee wird anschliessend auch am WEF öffentlich verkündet. Und was steht jetzt auf der offiziellen Plattform der Schweizer Regierung? Wörtlich:

«Ein weiteres zentrales Thema des Gesprächs war der Rückblick auf das Treffen der Nationalen Sicherheitsberater zur ukrainischen Friedensformel (sic!), an welchem am Sonntag in Davos über 80 Länder vertreten waren. Beide Seiten würdigten die enge Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Anlasses. Es handelte sich um das vierte Treffen in diesem Format, dessen Ziel es ist, eine Plattform für Diskussionen zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zu bieten. Die Schweiz unterstützt die Friedensformel (sic!) wie alle Initiativen, die auf einen anhaltenden Frieden in der Ukraine abzielen. Beide Delegationen besprachen am Montag die nächsten Schritte, die diesem Ziel dienen. Die Schweiz erklärte sich auf Anfrage des ukrainischen Präsidenten bereit, eine Gipfelkonferenz zur Friedensformel zu organisieren. Die Details des weiteren Vorgehens werden nun erarbeitet.»



Wolodymyr Selenskyj und Viola Amherd – ein Herz und eine Seele (Bild «Blick»)

Es geht also nicht um einen noch zu definierenden Frieden zwischen Russland und der Ukraine. Es geht um die ukrainische «Friedensformel»! Und die ukrainische Friedensformel verlangt de facto eine bedingungslose Kapitulation Russlands. Es blieb dem Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis überlassen, im-

merhin die Bemerkung dazu zu machen, dass ein echter Friedensgipfel nur Sinn macht, wenn auch Russland am Tisch sitzt.

Ist das aber auch die Meinung von Bundespräsidentin Viola Amherd? In einem ausführlichen Interview mit der meistgelesenen Schweizer Zeitung «Schweiz am Wochenende», wurde sie von den Interviewern gefragt: «Ist es denn ein Dialog, wenn weder Russland noch dessen Verbündete mit am Tisch sitzen?» Die Antwort der Bundespräsidentin: «Wir können jetzt noch nicht sagen, wer dabei sein wird und wer nicht. Russland wird wohl kaum dabei sein, aber mit allen anderen suchen wir jetzt das Gespräch.»

Aha, man will also einen «Friedensgipfel» organisieren, an dem – gegebenenfalls auch ohne Beteiligung Russlands – der 10-Punkte-«Friedensformel» der Ukraine, die die bedingungslose Kapitulation Russlands fordert, zum Durchbruch verholfen werden soll. Ein Friedensgipfel?

Die übrigen sechs Mitglieder des Schweizer Bundesrates, der Schweizer Regierung, müssen offensichtlich ihrer Präsidentin, der Verteidigungsministerin Viola Amherd, nun zuerst erklären, dass ein Gipfeltreffen dann ein Friedensgipfel ist, wenn alle Beteiligten, also die Ukraine, Russland, aber auch die Verantwortlichen für den Stellvertreterkrieg, also die USA und die NATO, an einem Tisch sitzen und ihre Vorstellungen und Bedingungen für einen Frieden offenlegen, und wenn dann offen darüber diskutiert werden kann, ob ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann. Wenn die Ukraine darauf beharrt und mit ihrer jetzigen sogenannten «Friedensformel» antritt, ist das Scheitern des Gipfels programmiert – und die zig Millionen, die eine solche Veranstaltung die Schweiz kosten würde, können gespart werden.

Vom Friedensgipfel zum Propagandagipfel?

Wenn allerdings ein sogenannter Friedensgipfel organisiert wird, zu dem die ganze Welt eingeladen wird und bei dem es um die Durchsetzung der ukrainischen «Friedensformel» geht, dann ist es kein Friedensgipfel, sondern ein Propagandagipfel der NATO und anderer Russland-Hasser-Staaten und -Organisationen. Auch das wäre für die Schweizer Bundespräsidentin Viola Amherd allerdings ein persönlicher Erfolg: Der Vorwurf, sie politisiere mit einer Doppelmoral, wäre weggewischt. Es wäre der beste Beweis, dass sie kein anderes Ziel hat, als die Schweiz in die NATO zu bringen – formal oder auch nur unter dem Deckmantel der «Partnerschaft».

Und dagegen würden die Schweizer Bürger und Bürgerinnen, so darf gehofft werden, zu Hunderttausenden auf die Strasse gehen.

Siehe dazu auch: «Aufruf zu einem Ja zur Schweizer Neutralitätsinitiative.»

Quelle: <https://globalbridge.ch/schweizer-bundespraesidentin-doppelmoral-oder-dummheit/>



Der Tages-Anzeiger und die EU-Bürokratie – Von Fake News und Brettern vor dem Kopf

Ulrich Schlür, Verlagsleiter «Schweizerzeit» VERÖFFENTLICHT AM 19. JANUAR 2024

Christoph Blocher kritisierte in diesem Interview mit deutlichen Worten, dass das sog. «Common Understanding» den hiesigen Parlamentskommissionen lediglich in englischer Sprache vorgelegt werde. Eine offizielle deutsche Übersetzung fehle. Im Common Understanding legt Brüssel einseitig, aber verbindlich fest, wie zwischen Brüssel und der Schweiz getroffene Vereinbarungen anzuwenden und umzusetzen sind.

Ab Beginn unterwürfig

Offensichtlich haben die Schweizer Unterhändler – allenfalls von Bundesrat Ignazio Cassis Aussendepartement so angewiesen – unterlassen zu verlangen, dass Ausgehandeltes von Anfang an in den Sprachen beider Verhandlungsparteien schriftlich festgehalten werde. Schon mit diesem Verzicht auf Gleichwertigkeit beider Verhandlungssprachen und beider Verhandlungsparteien zeigt sich, wie unterwürfig das Departement Cassis die Sondierungen für Verhandlungen mit Brüssel von allem Anfang an angepackt hat – sich allen noch so herrischen Vorgaben aus Brüssel untertänigst unterwerfend.

Und der Kommentator des Tages-Anzeigers nimmt sich heraus, die Aussage Blochers als «Fake News», als Unwahrheit, als Lüge abzukanzeln, weil dieser das Fehlen einer offiziellen, beidseits aus Anerkennung der Gleichwertigkeit beider Verhandlungspartner resultierenden Übersetzung des Common Understanding in die Schweizer Landessprachen scharf bemängelt hat.

Natürlich liegt ein formelles Verbot der Übersetzung dieses Common Understanding nicht vor. Und selbstverständlich darf sich jedermann, auch die Schweizer Bundeskanzlei zu Bern im Übersetzen dieses kompliziert formulierten Common Understanding nach eigenem Gutdünken versuchen und es so auch den Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommissionen beider Räte in deutscher und französischer Fassung vorlegen.

Nur: Für Brüssel ist solche Übersetzung bloss Makulatur, in keiner Art und Weise verbindlich. Was in solcher Übersetzung steht, ist für Brüssel in keinerlei Hinsicht gültig. Brüssel überlässt zwar jedem Hobby-Übersetzer gerne das Recht, sich mit der Brüsseler Funktionärssprache in englischer Version herumzuschlagen und abzumühen. Nur ist das, was dabei herauskommt, für Brüssel nicht verbindlich.

Brüssel diktiert

Funktionärssprache ist komplizierte, auch Sprachkundige rasch überfordernde Sprache. Verhandlungsergebnisse in Funktionärs- oder Diplomatenprache sind immer vieldeutig. Im Common Understanding präzisiert Brüssel indessen, wie mit den in den Sondierungen erzielten Vereinbarungen umzugehen ist. Verbindlich und allein gültig.

Die Schweizer Unterhändler waren nicht zugelassen, als EU-Funktionäre das Common Understanding formulierten. Bundesbern konnte kein einziges Wort dazu beitragen. Das Common Understanding ist reines Diktat Brüssels. Und Brüssel nimmt sich das Recht heraus, ganz allein zu bestimmen, wie mit den Sondierungsergebnissen umzugehen ist, wie auch die Schweiz zwingend damit umzugehen hat. Brüssel ist alleiniger, diktatorischer Befehlsgeber. Die Schweiz hat zu kuschen – ohne zu murren.

Befehlshaber und Untertane

Wissen die EU-Spezialisten im Hause Tages-Anzeiger tatsächlich nicht, wie offizielle Übersetzungen entstehen? Wissen sie nicht, dass sich allein Brüssel das Recht herausnimmt, die gültige Übersetzung ein- für allemal festzulegen, was immer Übersetzer zu Bundesbern dazu meinen? Und zum Common Understanding eine gültige Übersetzung wenigstens zu liefern: Dazu hat sich Brüssel bis heute nicht hergegeben.

Dass das Departement Cassis – möglicherweise mit einer Bundesratsmehrheit im Rücken – offensichtlich nie auch nur versucht hat, von Brüssel als gleichwertiger Verhandlungspartner akzeptiert zu werden – das ist die Tatsache, welche Schweizerinnen und Schweizer zutiefst beunruhigen muss.

Fake News verbreitet bloss der, der das so aus den Sondierungen zustande gekommene Ergebnis als Vorstufe zu einem «bilateralen Vertrag» bezeichnet. Bilaterale Verträge entstehen nur, wenn Gleichwertige auf gleicher Augenhöhe miteinander verhandeln, wenn das Geben und das Nehmen aus gleichberechtigter, gleichgewichtiger Verhandlung resultiert. Wenn – wie mit dem Common Understanding Tatsache wird – die eine Seite allein befiehlt, wie Verhandeltes auszulegen und zu interpretieren sei, der Partner vor der einseitigen Erklärung bloss kuschen darf – dann hat solches «Verhandlungsergebnis» rein gar nichts mit bilateraler Aushandlung zu tun. So fertigt ein diktatorischer Allesbefehler einen unterwürfigen Bittsteller ab.

Was als Common Understanding vorliegt, ist ein Kapitulations-, ein Ausverkaufspapier. Aber ganz gewiss nicht die Vorstufe zu einem bilateralen Vertrag.

Wissenslücke oder Täuschungsmanöver?

Ob diese Fakten den Tages-Anzeiger-Spezialisten für EU-Fragen tatsächlich fremd sind? Oder ob sie sich bereits derart in der Rolle blindeifriger Zudiener Brüssels fühlen, dass sie die Fakten zur Verhandlungstechnik Brüssels ihren Lesern schlicht und einfach glauben unterschlagen zu müssen?

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Wer die Entlarvung der Brüsseler Herrschaftsbeziehung bezüglich sprachlicher Ausgestaltung von Vereinbartem als Fake News apostrophiert, zeigt in erster Linie, wie dick das Brett bereits ist, das die Brüssel verfallenen TA-Korrespondenten vor ihrer Stirne tragen.

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/der-tages-anzeiger-und-die-eu-buerokratie-von-fake-news-und-brettern-vor-dem-kopf/>

Katastrophe, wenn die WHO die totale medizinische Kontrolle übernimmt – Dr. Meryl Nass

uncut-news.ch, Januar 16, 2024 Dr. Meryl Nass ist Impfexpertin.

Sie hat bereits mehrfach vor dem Kongress ausgesagt. Dr. Nass warnte vor den Gefahren des CV19-Impfstoffs. Weltweit sind zahlreiche Todesfälle und Behinderungen dokumentiert, die durch die von vielen Ärzten schlicht als Biowaffen-Injektion bezeichnete Impfung verursacht wurden. Dr. Nass setzte sich schon

früh für die Behandlung von Covid mit Ivermectin und Hydroxychloroquin ein und erzielte damit hervorragende Ergebnisse bei ihren Patienten. Deswegen wurde ihr vor zwei Jahren in Maine die Zulassung entzogen. Das hat Dr. Nass aber nicht davon abgehalten, weiter dafür zu kämpfen, dass das Übel der CV19-Spritzen bekannt wird.

Gerade wenn man denkt, dass es vorbei ist und wir alle zur Normalität zurückkehren können, warnt Dr. Nass vor einem noch übleren globalen Plan, um bei der nächsten Pandemie die Kontrolle über Ihre Gesundheitsversorgung (und Ihr Leben) zu übernehmen. Die UN und die WHO wollen dies bis Mai 2024 erreichen. Dr. Nass erklärt: «Die WHO ist eine UN-Agentur. Das eine Dokument, das es noch nie zuvor gegeben hat, heisst «Pandemievertrag» und ist in Arbeit. Das andere ist ein ganz normales Dokument namens «Internationale Gesundheitsvorschriften». ... Was passiert ist, ist, dass sie dieses Dokument benutzen und es massiv verändern wollen. Sie wollen den Inhalt des Dokuments komplett verändern und es zu einer Anweisung machen, die alle Nationen der Welt befolgen müssen. Die Person, die den Befehl gibt, ist der Generaldirektor der WHO. Dieser Generaldirektor kann unter allen Umständen eine Pandemie ausrufen, wenn er will. ... Das gibt dem Generaldirektor der WHO eine enorme Macht, jedem auf der Welt die Gesundheitsversorgung zu diktieren. ... Sie wollen die Möglichkeit, Ihnen in Zukunft Impfstoffe für Pandemien vorzuschreiben, die sie nach Belieben ausrufen, ohne dass es dafür einen Standard gibt. Sie wollen das Recht, Medikamente zu verweigern und Ihren Arzt zum Schweigen zu bringen. So würde der WHO-Generaldirektor Tedros, der keinen medizinischen Abschluss hat, zum Arzt der Welt werden.»



Dr. Nass warnt: «Wenn die WHO diese Macht erhält, kann sie Sie zwingen, jeden Impfstoff zu nehmen, den sie Ihnen verabreichen will. Menschen, die geschädigt oder getötet werden, hätten keine Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen, da alle Beteiligten haftungsrechtlich abgesichert wären.» Ausserdem, so Nass, hätte die WHO das Recht, jeden in jedem Land zu zensieren, der eine andere Meinung über Impfstoffe oder Behandlungsmöglichkeiten für die nächste Pandemie vertritt. Kurz gesagt, es wird keine freie Meinungsäusserung mehr geben, die nicht in das von der UN genehmigte Narrativ passt.

Bei der nächsten Pandemie wird es mehr Impfstoffe geben, die den Entwicklungsprozess ohne Tierversuche durchlaufen. Statt mehr als 10 Jahre für die Entwicklung eines Impfstoffes wird ein neuer Impfstoff in vier Monaten entwickelt. Das ist richtig – vier Monate!!! Dr. Nass (ebenfalls Impfstoffexperte) warnt: «Die FDA hat einige dieser CV19-Impfstoffe zugelassen, aber nicht nach ihren üblichen Standards. Das war eine Katastrophe. Das nächste Mal wollen sie einen Impfstoff in 100 Tagen entwickeln und ihn in 130 Tagen an die gesamte Bevölkerung verteilen. In vier Monaten und einer Woche möchten sie den nächsten Impfstoff weltweit einführen. Das ist völlig verrückt! Es gäbe keine Möglichkeit, in 130 Tagen zu beurteilen, ob er funktioniert oder wie sicher er ist. Das ist der Plan. Das ist der Plan der WHO, und die US-Regierung, die G-7, die G-20, die EU – sie alle haben gesagt, sie wollen einen 100-Tage-Impfstoff. Sie haben auch alle diese Dokumente vorgelegt, um ein System zu schaffen, das die Hersteller von der Haftung befreit. ... Sie haben auch keine Möglichkeit, die WHO zu verklagen. Sie sind der Öffentlichkeit gegenüber nicht rechenschaftspflichtig.

Dr. Nass fügt hinzu, dass die Bundesregierung und die Biden-Administration nicht das Recht haben, das Gesundheitswesen zu überwachen. Die Aufsicht über die öffentliche Gesundheit sei Sache der Einzelstaaten, und Dr. Nass glaubt, dass die WHO für ihre «katastrophalen» Pläne gestoppt werden könne.

In dem 46-minütigen Interview gibt es noch viel mehr zu erfahren.

QUELLE: DISASTER IF WHO GETS TOTAL MEDICAL CONTROL– DR. MERYL NASS

Quelle: <https://uncutnews.ch/katastrophe-wenn-die-who-die-totale-medizinische-kontrolle-uebernimmt-dr-meryl-nass/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41 (0)52 385 13 10, **Fax** +41 (0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



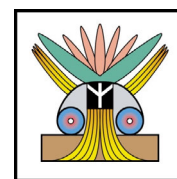
© FIGU 2024

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber – der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz